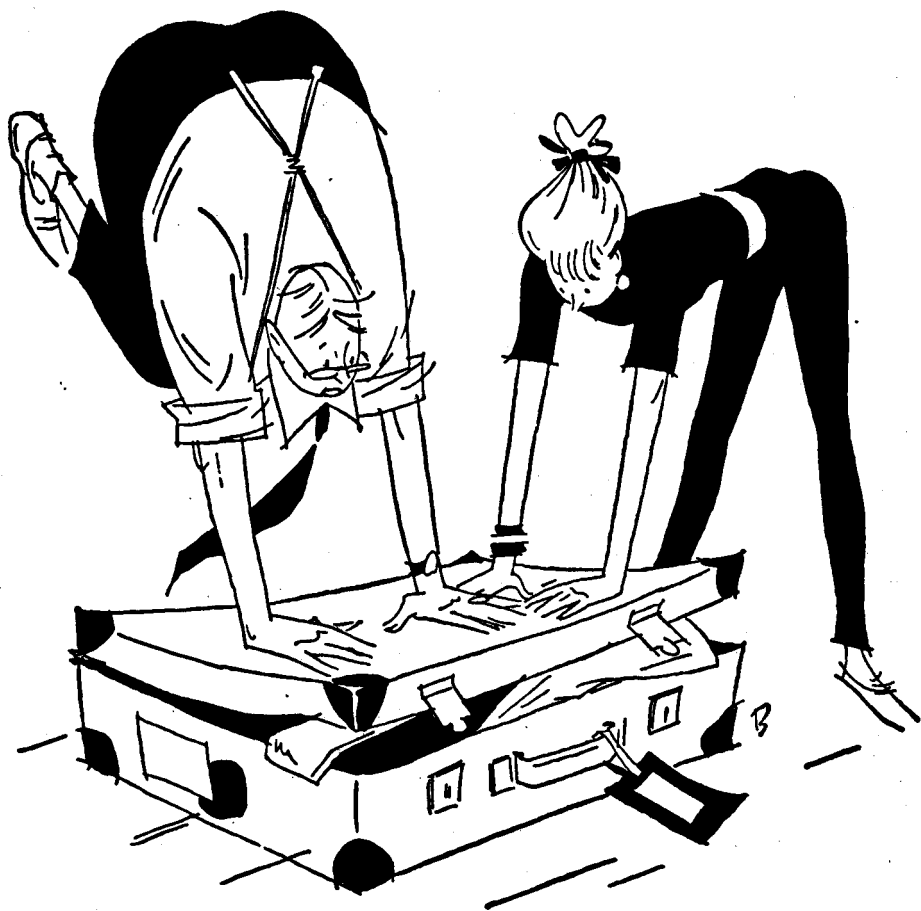


Das sollte man blitzen – für später!



OSRAM-VACUBLITZ
blitzhell · blitzschnell

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

19. Jahrgang / Heft 7/8

Juli-August 1964

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Für eine selbständige nationale Politik	2
Unsere Stellung zum Grundgesetz	7
RGW — Instrument der brüderlichen Zusammenarbeit sozialistischer Länder	12
In wessen Namen spricht Mao Tse-tung?	17
Einige Lehren aus dem ersten Weltkrieg	21
Olympische Spiele und Verbot des Sportverkehrs — wie verträgt sich das?	25
Die zweite Bitterfelder Konferenz	29
Zur Verbesserung unserer Betriebszeitungen	34
Über den 17. Parteitag der KPF	39
Für die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung	41
Über einige Ursachen der Haltung der Führer der KPCh	44
Tatsachen aus der DDR	47

Für eine selbständige nationale Politik

Die 3. Tagung unseres Zentralkomitees hat die außen- und innenpolitische Entwicklung der letzten Monate gründlich analysiert, eine selbständige nationale Politik der Bundesrepublik gefordert, die Richtigkeit der vom Parteitag 1963 beschlossenen Linie des Kampfes für Frieden und friedliche Koexistenz, für Verhandlungen und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten, für Demokratie und sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik unterstrichen und die gegen diese Politik gerichtete antimarxistisch-antileninistische Haltung und spalterische Tätigkeit der chinesischen Führer entschieden zurückgewiesen. Die ganze Partei wurde auf die Gewinnung der Jugend für eine selbständige nationale Politik der Bundesrepublik orientiert und zur Stärkung der Partei die Werbung von 2000 neuen Mitgliedern im Rahmen eines Karl-Liebknecht-Parteiaufgebots beschlossen.

Im Rechenschaftsbericht des Politischen Büros an das Zentralkomitee, erstattet vom Genossen Max Schäfer, heißt es bezugnehmend auf die Entspannungsbemühungen in der Welt:

„Auch mehr und mehr Menschen in der Bundesrepublik erkennen, daß wir uns an einem Wendepunkt der politischen Entwicklung befinden. Entweder wir finden Anschluß an die allgemeinen Tendenzen in der internationalen Entwicklung, die in Richtung auf Entspannung und friedliche Koexistenz verlaufen oder wir verrennen uns immer mehr in eine politische Isolierung mit all ihren gefährlichen Folgen . . .

Eine nationale Politik der Bundesrepublik durchzusetzen, deren Hauptelemente wir schon in unserer Programmatischen Erklärung entwickelten, das ist heute die Hauptaufgabe, die vor unserer Partei steht.“

I.

Die Pfingsttage haben die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer neuen Politik, die von den Interessen unserer Nation, von ihrem Wunsch nach gesichertem Frieden, sozialer Sicherheit und realen Schritten auf dem Wege zur Wiedervereinigung bestimmt ist, mit aller Eindringlichkeit vor Augen

geführt. In der Hauptstadt der DDR, Berlin, trafen sich Hunderttausende deutscher Jungen und Mädchen aus Ost und West, um sich kennen- und verstehen zu lernen, um über einen gemeinsamen Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft zu diskutieren. Sie haben der Welt bewiesen, daß das sehr wohl geht. In Nürnberg, auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände der Nazi-Partei hingegen, wurde die Trommel der Revanchehetze gerührt.

In Berlin erneuerte Walter Ulbricht das Angebot der DDR, die Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten zu normalisieren und miteinander zu verhandeln. Unter dem stürmischen und langanhaltenden Beifall von 70 000 Vertretern der Jugend aus Ost und West erklärte er:

„Wir versichern Euch an diesem Tage, daß die Deutsche Demokratische Republik alles Menschenmögliche tun wird, damit Deutschlands Jugend niemals gegeneinander Krieg führen muß, sondern miteinander eine glückliche Zukunft aufbauen kann.“

In Nürnberg aber hetzte der CDU-Minister Seehoß im Stile der Hitler und Goebbels:

„Wir fordern die Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk... Das Kolonialreich des Bolschewismus in Mittel- und Osteuropa wird in den Staub sinken. Der Koloß auf tönernen Füßen wird zusammenbrechen...“

Berlin oder Nürnberg. Frieden, Verhandlungen und Verständigung und schließlich die friedliche Wiedervereinigung unserer Nation — oder Revanchehetze, Wettrüsten, Bruderkrieg und Atomtod, darum geht die Entscheidung. Denn Seehoß ist keineswegs ein Außenseiter. Dieser Revanchehetzer konnte nur im Bonner Sumpf gedeihen. Was ihn von der offiziellen Bonner Politik unterscheidet, sind Nuancen. Die Bundesregierung fordert die Wiederherstellung der Grenzen von 1937, er geht noch einen Schritt weiter. Ihnen gemein-

sam aber ist die Ablehnung der bestehenden Grenzen in Mitteleuropa, die Nichtanerkennung der DDR, das Drängen nach multilateraler Atomrüstung, der Widerstand gegen jede Entspannungspolitik.

Es war also kein Zufall, daß Kanzler Erhard und die Minister Lemmer und Mende nicht versäumt hatten, Seehoßs Hetzveranstaltung herzliche Grußworte zu senden. Bundesinnenminister Höcherl erschien höchstpersönlich, um dem Treffen der sudetendeutschen Landsmannschaft im Auftrag der Bundesregierung den Segen zu geben. Ganz zu schweigen von den Ministerialdirigenten und Ministerialräten, die das Bonner Auswärtige Amt sowie die Ministerien für Vertriebene und für gesamtdeutsche Fragen entsandt hatten. Daß Seehoß nicht sofort seinen Ministerposten verlassen mußte, daß Erhard und der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Revanchehetze ungeahndet ließen, unterstreicht nur noch ihre prinzipielle Übereinstimmung in den Zielen.

Es geht also um weitaus mehr als um Seehoß. Es geht um die Änderung der Bonner Revanchepolitik. Sein Auftreten ist nur ein Glied in jener Kette von Attacken gegen die Entspannungstendenzen in der Welt, die die kalten Krieger um Adenauer, Strauß, Krone und Dufhues seit der Jahreswende im verstärkten Maße führen, um ihre überlebte Politik der atomaren Rüstung und des kalten Krieges zu retten. Die Verhinderung weiterer Passierscheinabkommen in Berlin für Ostern und Pfingsten, die Hintertreibung des Vorschlags von Walter Ulbricht für einen Zeitungsaustausch zwischen beiden deutschen Staaten, die haßvollen Störaktionen gegen das Deutschlandtreffen der Jugend, einschließlich der Verhaftung der sechs Festkomitee-Mitglieder aus der DDR in Braunschweig, das alles kommt auf das Konto dieser unbelehrbaren Gruppe von Scharfmachern, die die Politik der Erhard-Regierung bestimmen. Fort mit Seehoß, Schluß mit der Revanchepolitik, das muß die Kampflosigkeit der friedliebenden Kräfte sein.

Wenn die offizielle Bonner Politik selbst bei den Westmächten im zunehmenden Maße auf Widerspruch und Ablehnung stößt, dann wegen ihrer entspannungsfeindlichen Politik, die mit der Forderung nach Revision der bestehenden Grenzen, mit der Nichtanerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges verknüpft ist.

Während führende Kreise der USA erkennen, daß ein atomarer Weltkrieg ihr eigener Untergang wäre, und unter dem Druck der Realitäten und des Friedenswillens der Völker auf Entspannungsschritte mit der Sowjetunion eingegangen sind (Moskauer Atomteststopp-Vertrag, Verzicht auf die Entsendung von Atomwaffen in den Weltraum, Einschränkung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke, eine geringe Senkung der Rüstungsausgaben), setzt Bonn seine Störenfried-Politik fort. Obgleich die Regierung der USA keineswegs ihre imperialistischen Ziele aufzugeben hat und nach wie vor in wichtigen Fragen der internationalen Politik an den alten überlebten Positionen festhält, obgleich Washington hinsichtlich der multilateralen Atomstreitmacht Bonn unterstützt, ist es doch nicht bereit, die abenteuerlichen Bonner Revancheforderungen zu unterstützen. USA-Präsident Johnson drängt Erhard, für ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion Sorge zu tragen. Walter Lippmann, Sprecher einflußreicher amerikanischer Kreise, empfiehlt die Anerkennung der Realitäten in Deutschland durch die de-facto-Anerkennung der DDR. Die drei Westmächte billigten wohlwollend die Berliner Passierscheinregelung von Weihnachten 1963, und der amerikanische Botschafter in Bonn McGhee sprach sich ausdrücklich für eine Politik der kleinen Entspannungsschritte aus, die zur weltweiten Entspannung führen könnten.

Auf der diesjährigen Ministerrats-tagung der NATO in Den Haag zeigte sich, daß die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik bei ihren eigenen Verbündeten auf wachsendes Mißtrauen stoßen. Was die Bundesregierung wollte, war eine spezielle feierliche Erklärung der NATO, daß es

keine weiteren Entspannungsschritte mit der Sowjetunion mehr geben dürfe, ohne die Berücksichtigung der Ansprüche Bonns, ohne die Nichtzulassung der DDR zu internationalen Vereinigungen, ohne die schließliche Preisgabe der DDR durch die Sowjetunion. Das war der Kern der Bonner Anmaßung, das sollte die NATO versichern und damit jeden weiteren Entspannungsschritt blockieren. Aber übrig blieben zwei Sätze im Rahmen des allgemeinen Abschlußkommunikés. Im ersten der beiden wurde allgemein festgestellt, daß die deutsche Frage auf „friedlichem Wege auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes“ gelöst werden müsse. Zum zweiten Satz, in dem der Bundesregierung das Alleinspracherecht für Deutschland attestiert wurde, erklärte gleich tags darauf der Sprecher des NATO-Generalsekretärs Stikker, den Satz dürfe man nicht wichtiger nehmen als er gemeint sei. Im übrigen wurde die Notwendigkeit weiterer Entspannungsschritte unterstrichen.

Die Ministerrats-tagung der NATO machte also deutlich, daß die Westmächte nicht mehr gewillt sind, sich durch die Bundesregierung in einen selbstmörderischen antikommunistischen Kreuzzug gegen den Osten zerren zu lassen.

Was die Bundesregierung in Den Haag bot, war also keine Deutschlandinitiative, sondern eine Initiative gegen die Entspannung in der Welt, die Schiffbruch erlitt. Eine wirkliche Deutschlandinitiative erfordert eine neue Politik. Nicht Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch verstärkte Orientierung auf NATO und Atomwaffen, nicht Schürung der Spannungen durch Revanchehetze, Forcierung der Aufrüstung und Torpedos gegen Verhandlungen, sondern Orientierung auf die Interessen unserer Nation, auf die Sicherung des Friedens durch Verzicht auf multilaterale Atomrüstung und durch Rüstungsstopp, auf die Beseitigung der Spannungen zwischen Ost und West, auf den Ausbau des Handels mit den sozialistischen Ländern, auf Sicherung der Arbeitsplätze und Hebung des Volkswohlstandes statt Rüstungslasten

und Inflation, auf Verhandlungen und Verständigung mit der DDR auf der Grundlage friedlicher Koexistenz und auf den Weg zur schrittweisen friedlichen Wiedervereinigung in Richtung einer deutschen Konföderation.

Die Bundesregierung schwadroniert vom Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes, verschanzt sich aber in der Praxis seit 15 Jahren hinter einer angeblichen Zuständigkeit der vier Großmächte für die deutsche Frage. Demgegenüber stellte die 3. ZK-Tagung fest:

„Verhandlungen und Verständigung zwischen der Bundesrepublik und

der DDR — das ist der erste Punkt einer selbständigen Politik der Bundesrepublik. Das bedeutet, die deutschen Belange in die eigenen Hände zu nehmen und das Selbstbestimmungsrecht wiederherzustellen.“

Den kalten Kriegern von Adenauer und Strauß bis Krone und Dufhues entschlossen entgegenzutreten, ihren Einfluß und den der hinter ihnen stehenden aggressivsten Monopole zurückzudrängen und eine selbständige nationale Politik in Bonn durchzusetzen, diese Aufgabe stellte die 3. Tagung unseres Zentralkomitees.

III.

Um dieser selbständigen nationalen Politik zum Durchbruch zu verhelfen, bedarf es der vollen Aktivität unserer Partei und jedes einzelnen Genossen. Es gilt, alle Möglichkeiten zu nutzen, um das begonnene offene deutsche Gespräch weiterzuführen, das großartige Beispiel der Jugend beim Deutschlandtreffen auf alle zu übertragen, die Kontakte zwischen hüben und drüben, von Organisation zu Organisation, von Betriebsbelegschaft zu Betriebsbelegschaft auf allen Ebenen und zwischen allen Schichten unseres Volkes zu verstärken, um so die Verständigung zu fördern. Die entspannungsfeindliche, ausweglose und gefährliche Bonner Politik verschärft nicht nur die Widersprüche zwischen der Bundesregierung und ihren Bündnispartnern. Zusammen mit der Wirksamkeit der Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder hat sie zu einem Riß quer durch alle Bonner Parteien geführt, mehren sich die Stimmen der Vernunft selbst in den Parteien der Regierungskoalition, sprechen sich FDP-Politiker wie Dehler und Kohut für eine Politik des guten Willens und CDU-Politiker wie der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Dr. Meyers, für die Überprüfung des KPD-Verbots im Interesse der Entspannung aus.

Jetzt geht es vor allem darum, daß die Arbeiterklasse das Wort ergreift, daß die Beschlüsse der DGB-Kongresse gegen Atomrüstung und für eine Politik des Friedens verwirklicht werden,

daß wir es verstehen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter, wie überhaupt die Volkskräfte in Stadt und Land, zu einheitlichen Aktionen zusammenzuführen, in deren Mittelpunkt steht:

Schluß mit der Hetze nach Revision der bestehenden Grenzen; Schluß mit dem Griff nach Atomwaffen, nach multilateraler Atomrüstung; für Rüstungsstopp und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; für Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und für friedliche Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

Dazu gehören alle gewerkschaftlichen Kämpfe für höhere Löhne und Gehälter, für soziale und demokratische Forderungen, denn der Bonner Rüstungskurs samt Mietwucher und schleichender Inflation steht ihnen kraß entgegen. Dazu gehört die Vorbereitung der Jahrestage der beiden Weltkriege am 1. August und 1. September und des Tages von Hiroshima am 6. August, die zu neuen Höhepunkten des Kampfes gegen multilaterale Atomrüstung, für Frieden und Verständigung, für eine selbständige nationale Politik der Bundesrepublik zu gestalten sind. Dazu gehört schließlich die Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung der DDR durch Verbreitung der Wahrheit über den ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat, über seine Aufbau-erfolge, über seine Friedenspolitik und seine Verständigungsvorschläge, von Passier-

scheinvereinbarungen über Zeitungs-
austausch bis zum Atomwaffenverzicht
beider deutschen Staaten. Der Brief
des Staatsratsvorsitzenden der DDR,
Genosse Walter Ulbricht, vom 26. Mai
1964 an Kanzler Erhard, ist eine neue
hervorragende Grundlage für die weite-
rere Entfaltung des offenen deutschen
Gesprächs. Die Forderung nach Ver-
handlungen zwischen den Regierungen
der beiden deutschen Staaten über
Atomverzicht und Rüstungsstopp, über
die Bildung gesamtdeutscher Kommis-
sionen und eines deutschen Rates aus
Vertretern beider Parlamente muß

jetzt stärker erhoben werden denn je.
Worum es jetzt geht, faßte Max
Reimann in seinem Schlußwort auf der
3. ZK-Tagung mit den Worten zu-
sammen:

„Unsere Aufgabe besteht darin, in
der Bundesrepublik die Bewegung
in der Arbeiterklasse, bei den Bür-
gern und in den politischen Par-
teien so zu verstärken, daß der Ruf
nach einer selbständigen, nationalen
Politik, nach einer Politik des Frie-
dens, der Verständigung und der
Entspannung immer stärker wird.“

IV.

Untrennbar verbunden mit unseren
Bemühungen, in der Bundesrepu-
blik eine neue Politik durchzusetzen,
ist der Kampf zur Verteidigung der
demokratischen Rechte, gegen die wei-
tere Aushöhlung und schließliche Zer-
störung des Grundgesetzes mit Hilfe
der drohenden Notstandsgesetze. Für
die kalten Krieger sind Notstandsge-
setze und Notstandsdictatur Knüppel
gegen das Volk, gegen die Arbeiter,
gegen die Gewerkschaft, gegen alle
Demokraten, um eine neue Politik zu
verhindern. Für uns ist der Schutz des
Grundgesetzes und die Verhinderung
der Notstandsgesetze die Vorausset-
zung für die Entfaltung der Volks-
kräfte im Kampf für eine selbständige
nationale Politik, für die Gestaltung
einer Verfassungswirklichkeit, die
dem Wortlaut und dem Sinn des
Grundgesetzes entspricht und für die
schrittweise Wiederherstellung der
Legalität unserer Partei. Der 8. Jah-
restag des Verbots am 17. August
wird ganz im Zeichen unseres Kamp-
fes um die Legalität stehen.

Die 3. ZK-Tagung unterstrich:

„Wir anerkennen das Grundgesetz,
verteidigen es gegen alle reaktio-

nären Angriffe und kämpfen dafür,
daß das Grundgesetz bindend ist für
die Regierung, für alle Parteien und
Organisationen.“

Während die Beendigung der politi-
schen Gesinnungsjustiz und die Auf-
hebung des KPD-Verbots immer stär-
ker gefordert wird, weil eine Politik
der Entspannung nach außen auch
Entspannung und Demokratisierung
im Innern erfordert, versucht die
Bundesregierung, einzelne Notstands-
gesetze wie die Gesetze über ein Zivil-
schutzkorps, über Zivildienstpflicht
und das sogenannte Selbstschutzgesetz
über die Bühne des Bundestages zu
jagen. Alles Gesetze, die entschei-
dende Grundrechte einschränken oder
aufheben, die Freizügigkeit abschaffen
und jeden Bürger im Interesse der
Vorbereitung des totalen Krieges
finanziell stark belasten. Der DGB hat
die Bundesregierung und die Bundes-
tagsparteien eindringlich gewarnt.
Jetzt geht es darum, gestützt auf die
gewerkschaftlichen Beschlüsse, diese
Anschläge auf das Grundgesetz durch
machtvolle Aktionen zu vereiteln, da-
mit unser Volk nicht wieder jenen
ausgeliefert ist, die es schon zweimal
in Weltkriege stürzten.

V.

Die Durchsetzung einer Politik des
Friedens, des Handelns und der Verständigung in der Bundesrepu-
blik ist untrennbar verbunden mit
dem Kampf unserer Partei für die
Gewinnung der Jugend. Es gilt jetzt,
die vom Deutschlandtreffen der Ju-
gend ausgehenden Impulse zu nut-
zen und das offene deutsche Gespräch

in allen Jugendorganisationen, insbe-
sondere in der Gewerkschaftsjugend,
verstärkt zu führen. Es gilt, das Ge-
sicht der ganzen Partei der Jugend
zuzukehren, die Arbeiterjugend zu
Klassenbewußtsein zu erziehen und
gemeinsam mit sozialdemokratischen
Genossen die Jungarbeiter für die Ge-
werkschaftsjugend zu gewinnen, da-

mit sie einen festen Standort bekommen. Jeder Kommunist sollte seine Ehre darin sehen, sich um junge Arbeiter zu bemühen, ihnen Ratgeber und Freund zu sein. Die in allen Grundeinheiten und Leitungen unserer Partei durchzuführenden Beratungen und Diskussionen über das Referat Jupp Angenforts auf der ZK-Tagung „Der Jugend unser Vertrauen — der Jugend eine glückliche Zukunft“ werden dabei jedem Genossen eine große Hilfe sein. Das ist zugleich der Weg, das von der 3. ZK-Tagung beschlossene Karl-Liebknecht-Aufgebot zu einem vollen Erfolg zu machen

und bis zum 15. Januar 1965, dem Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts, 2000 neue Kämpfer in die Reihen der Partei zu führen.

Verstärken wir unser Wirken in der Öffentlichkeit. Verstärken wir unsere Verbindungen zu den Massen. Nutzen wir jede Gelegenheit, die Politik unserer Partei den Menschen zu erläutern. So leisten wir unseren Beitrag zur Durchsetzung einer selbständigen nationalen Politik in der Bundesrepublik und wirken zugleich für die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei.

Unsere Stellung zum Grundgesetz

Max Reimann vor der internationalen Presse zum 15jährigen Bestehen des Grundgesetzes*)

Heute Nacht Null Uhr jährt sich zum 15. Mal das Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Anlaß hat der damalige Präsident des Parlamentarischen Rats, Dr. Adenauer, alle noch lebenden Mitglieder des Parlamentarischen Rats zu einer „festlichen Stunde“ nach Bonn eingeladen.

Ich verstehe sehr wohl das Bedürfnis, mich dabei zu vergessen. Herr Adenauer konnte zwar nicht umhin, mir mit Schreiben vom 12. August 1949 zur Erinnerung an die Verabschiedung des Grundgesetzes den für die Mitglieder des Parlamentarischen Rats angefertigten Faksimiledruck der Urschrift zu überreichen. Heute aber wollen er und seine Freunde sich dar-

an nicht erinnern. Sie fürchten durchaus zu recht, daß ich die „festliche Gesellschaft“ und die Öffentlichkeit mit Tatsachen konfrontieren könnte, die die Väter des Grundgesetzes nicht als „Wahrer der Selbstbestimmung“ und „Hüter der Demokratie“, sondern als Akteure des nationalen Verrats und ihr Verfassungswerk als Urkunde der Spaltung Deutschlands erweisen.

Offensichtlich haben diese Väter des Grundgesetzes, die personengleich sind mit denen, die heute erbitterte Angriffe gegen das Grundgesetz führen, allen Grund, die Wahrheit über das Entstehen des Grundgesetzes, wie um das Auseinanderklaffen von Verfassung und Verfassungswirklichkeit zu scheuen.

I.

Niemand könnte den geschichtlichen Ablauf zynischer und brutaler schildern, als es General Clay in seinen Deutschland-Memoiren getan hat. In der Tat: er muß es wissen, denn vor allem er hat das Ding gedreht. Clay liefert den dokumentarischen Beweis, wie vom ersten bis zum letzten Tag jeder Schachzug, jede Etappe der Gründung der Bundesrepublik bis zur Einsetzung des ersten Kabinetts Adenauer von ausländischen imperialistischen Interessen diktiert und im

Zusammenspiel mit den Vertretern der westdeutschen Hochfinanz manipuliert wurde.

Geradezu dramatisch schildert Clay den Wettlauf mit der Zeit; stand vor seinen Augen doch ständig die „Gefahr“ einer noch immer möglichen Einigung mit der Sowjetunion und das Gespenst der Schaffung gesamtdeutscher Organe. Darum wurde am 20. Juni mit der separaten Währungsreform von vornherein die wirtschaftliche Spaltung durchgeführt, darum wurde immer wieder interveniert und konspiriert, bis Clay im Mai 1949 dar-

*) Die Pressekonferenz fand 23. Mai 1964 in Berlin statt.

auf anstoßen konnte, „das ausdrückliche Ziel unserer“ — also der amerikanischen! — „Politik erfüllt“ zu haben: „Nun war der Bau des westdeutschen Staates fertig geworden, bevor sich die vier Außenminister am 23. Mai in Paris trafen.“¹⁾

Keiner weiß auch besser als Clay, in welcher unerhörten Weise dabei das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen mit Füßen getreten wurde.

II.

Ich werde oft gefragt: Haben denn die Einberufer und die Mitglieder des Parlamentarischen Rats nicht selbst das Entwürdigende und Unverantwortliche ihrer Rolle gespürt? Sie müssen es immer wieder gespürt haben — aber leider ist es auch Tatsache, daß wir Kommunisten die einzigen waren, die jederzeit und mit aller Konsequenz gegen das drohende Unheil der deutschen Spaltung ankämpften. Das fand schließlich auch darin seine Bestätigung, daß die britische Besatzungsmacht es im Februar 1949 für notwendig hielt, mich zu verhaften und zu Gefängnis zu verurteilen mit der Begründung, ich hätte durch die Bezeichnung ihrer deutschen Helfershelfer im Parlamentarischen Rat als „alliiertes Hilfspersonal“ die Wahrheit ausgesprochen und dadurch gegen die Interessen der westlichen Besatzungsmächte verstoßen.

Ähnliche Widersprüche wurden auch im Parlamentarischen Rat selbst immer wieder spürbar. Um die Jahreswende 1948/49 bereits waren die Beratungen in eine ganz offensichtliche Krise geraten. Die SPD warf der CDU vor, im Zusammenspiel mit den Militärgouverneuren ihr eigenes politisches Süppchen kochen zu wollen. Die drei Westmächte waren untereinander vielfach uneins, und als im Januar in London die Konferenz der Westmächte zur Ausarbeitung des Besatzungsstatuts zusammentrat, kam man dort nicht vorwärts, und bei den deutschen Komplizen ging es drunter und drüber.

Noch seine letzten Tage in Deutschland waren von Furcht vor eben diesem Willen zur nationalen Selbstbestimmung erfüllt. Er schreibt: „Mich beunruhigte ein Plan, der vorsah, daß sich alle Besatzungskräfte auf die deutschen Randgebiete zurückzuziehen hätten, damit das deutsche Volk allein eine gesamtdeutsche Regierung bilden könne. Das hätte das Ende unserer Bemühungen um eine westdeutsche Regierung bedeutet.“²⁾

Adenauer suchte sich mangels Information aus London über die Runden zu retten, indem er eines Tages noch gegen 22 Uhr, statt die Sitzung wie üblich um diese Zeit zu beenden, eine Unterbrechung bekannt gab. Im Vestibül kam Adenauer auf mich zu und fragte: „Was halten Sie, Herr Reimann, von der Situation, in der wir uns befinden?“ Ich antwortete ihm: „Wenn Sie noch einen Tropfen deutsches Blut in den Adern haben, dann rufen Sie das Präsidium zusammen, um zu erklären: Im Interesse Deutschlands heben wir diese Beratung auf, setzen uns mit den Vertretern der Ostzone zusammen und überlegen gemeinsam, wie wir verhindern, daß Deutschland gespalten wird.“ In diesem Augenblick trat Blankenhorn, der die Verbindung nach London unterhielt, zu Adenauer und flüsterte ihm etwas ins Ohr. Noch während Blankenhorn zum Telefon zurückeilte, begab sich Adenauer in den Sitzungssaal. Er verkündete den Fortgang der Beratung und erklärte: „Ich hatte eben ein Gespräch mit Herrn Reimann. Dieses Gespräch hat mich darin bestärkt, daß wir im Parlamentarischen Rat sofort weitermachen und das Grundgesetz annehmen sollten.“

Ich stand auf und verlangte auf der Stelle das Wort. Adenauer verweigerte es mir, doch ich setzte mich durch und gab die Erklärung ab, daß Adenauer eben ungeheuerlich gelogen und ich genau das Gegenteil gesagt hätte. Es entstand ein Tumult, in dem die Sitzung beendet werden mußte. Anschließend kamen viele Mitglieder des Parlamentarischen Rats zu mir, um sich der Richtigkeit meiner Darstellung zu versichern. Ich wiederholte ihnen meine Auffassung, daß wir aus

¹⁾ Lucius D. Clay, „Entscheidung in Deutschland“, Verlag der „Frankfurter Hefte“, S. 480.

²⁾ a. a. O., S. 481.

der unerträglichen Situation nur herauskommen könnten, wenn wir nicht länger an der Spaltungsurkunde Deutschlands weitermachen, sondern uns zusammensetzten und gemeinsam für die Einheit Deutschlands wirkten. Nur so würden wir auch vor der Geschichte bestehen können.

Ein Mann allerdings blieb wie an diesem Tag, so auch weiterhin jederzeit frei von jeglichem Gefühl der nationalen Verantwortung. Dr. Adenauer wollte die Spaltung, so wie er sie bereits in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg als rheinischer Separatist betrieben hatte.

Diese selben Politiker haben nichts an Lügen und Verleumdungen gescheut, um ihre antinationale Rolle zu tarnen und der Sowjetunion die Schuld für die Spaltung in die Schuhe zu schieben. Aber die Regierung der UdSSR hat immer auf der Grundlage der gemeinsamen Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition daran festgehalten, daß ein antimilitaristisches, vom Faschismus befreites demokratisches Deutschland als einheitliches Ganzes behandelt werden sollte. Darin lag die große Chance für das deutsche Volk. In wessen Auftrage und Interesse machte sie Adenauer zunichte? Seine entscheidenden Hintermänner waren Finanzkapitalisten vom Schlage der Pferdenges und Abs, nicht zu vergessen die eigene werte Verwandtschaft diesseits und jenseits des Ozeans, die Werhahn, Zinsser und dahinter wieder der spätere USA-Hochkommissar Mc Cloy. Die Herren der Konzerne waren nicht nur über die

Entwicklung im Osten Deutschlands bestürzt. Sie sahen auch in Westdeutschland ihre Positionen bedroht. Für sie waren die Volksabstimmung in Hessen und der Entscheid des Landtags von Nordrhein-Westfalen zur Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum Alarm-signal. Was sie damals schon dachten, sprach wenig später das Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der deutschen Industrie, unter Hitler Reichsbeauftragter für Kautschuk, Otto A. Friedrich aus: „Den Westkurs müssen wir bedingungslos einhalten. Wir müssen auch einen Beitrag zur westlichen Aufrüstung liefern. Es ist meine Aufgabe, in Bonn gegen die Ohne-Michelei anzugehen. Selbstverständlich müssen wir die Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße wieder haben, das muß immer wieder betont werden. Wir müssen mit den USA gehen, d. h. Erfüllung des Besatzungs- und Aufrüstungsbedarfs.“³⁾

Gerade das war den alten Milita-risten und Hitlergeneralen aus dem Herzen gesprochen.

Schließlich — und das war gewiß nicht der schwächste Machtfaktor — durfte sich Adenauer in voller Übereinstimmung wissen mit dem hohen Klerus vor allem der katholischen Kirche. Bei Pater Gustav Gundlach sieht das Ränkespiel der westdeutschen Staatsgründung so aus: „Es galt damals, im Auftrag und im Namen Gottes in einem Katastrophenraum Vorsehung zu üben, staatsschöpferisch zu sein, weil die menschliche Natur dazu drängte.“⁴⁾

III.

So konnten wir im Parlamentarischen Rat und vor der Öffentlichkeit nur eine Haltung einnehmen. Sie lautete: entschiedener Kampf gegen den nationalen Verrat, Unterstützung der vom Deutschen Volkskongreß ausgehenden und auch in Westdeutschland von starkem Widerhall getragenen Bestrebungen zur Ausarbeitung einer gesamt-

deutschen Verfassung. In diesem Sinne erklärten wir bereits am 15. Dezember 1948,

„daß der Parlamentarische Rat kein Recht hat, dieses Westdeutschland oder Rest-Deutschland schlechthin als Deutschland zu bezeichnen. Mit dieser Bildung des westdeutschen Staates wird zerschlagen, was jeder wirklich deutsch führende Mensch verlangen muß — daß Deutschland als eine unteilbare und demokratische Republik in seiner Gänze erhalten bleibt“.

³⁾ Zitiert nach Albert Norden: „Um die Nation“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 137.

⁴⁾ Gustav Gundlach: „Die Katholiken und die Bundesrepublik“ in „Stimmen der Zeit“, August 1957, S. 364.

In diesem gleichen Sinne mußte die Fraktion der KPD das Grundgesetz ablehnen. Als Urkunde der deutschen Spaltung trägt es unsere Unterschrift nicht.

Wenn man jedoch versucht, uns wegen dieser Haltung der Staats- und Verfassungsfeindlichkeit zu bezichtigen, so muß ich darauf hinweisen, daß ich an demselben 15. Dezember 1948 im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rats erklärte:

„Auch ich bin der Auffassung, daß dieser Staat aufgrund machtpolitischer Verhältnisse geschaffen wird, und daß es nicht gleichgültig ist, wie wir in diesem westdeutschen Staat leben werden“.

IV.

Was hat unsere Fraktion im Interesse der Ausgestaltung des parlamentarisch-demokratischen Systems und zur Sicherung der demokratischen Volksrechte seinerzeit im Parlamentarischen Rat gefordert?

Am 8. Dezember 1948 stand im Hauptausschuß ein Antrag unserer Partei und des Zentrums zur Debatte. Wir forderten, die Selbstbestimmung der westdeutschen Bevölkerung durch das Recht des Volksentscheids zu garantieren. Ein solcher Volksentscheid sollte sich auf Gesetze von einschneidender Bedeutung sowie auf alle Verfassungsänderungen erstrecken. Der Antrag wurde abgelehnt. Die ihn ablehnten, hatten gute Gründe dafür. Hatte doch fast auf den Tag genau Adenauer General Speidel beauftragt, ein erstes Projekt für die Remilitarisierung der Bundesrepublik im Rahmen der militärischen Planung der Westmächte auszuarbeiten. Daraus aber wäre nie etwas geworden, nie hätten die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und ihre Eingliederung in die NATO, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Kurs auf Atomrüstung auch nur die geringste Chance gehabt, hätte man diese Entscheidung über eine Politik des Friedens oder des Krieges der Selbstbestimmung des Volkes übertragen. Nie hätte auch die Notstandsgesetzgebung, die das Grundgesetz zu beiseitigen droht, auch nur die geringste Chance, läge sie, wie von uns damals

Ich kennzeichnete als die „Kernfrage“ jeder verfassungsgeberischen Arbeit die Verankerung und Sicherung der Grundrechte. Ich wandte mich darum gegen die Behandlung der Regierungsbildung und betonte:

„Eine Verfassung erhält erst dann ihren Wert, wenn in ihr die Grundrechte klar herausgearbeitet werden.“

Ich konnte mich dabei auch auf die Auffassung der Gewerkschaften stützen, die zur selben Zeit in einem Schreiben an den Parlamentarischen Rat verlangten, seine Beratungen mit der Frage der wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte zu beginnen.

gefordert, dem Volk zu unmittelbarer Entscheidung vor.

Am 3. Dezember 1948 beriet der Parlamentarische Rat über eines der wichtigsten Rechte der Werktätigen, das Streikrecht. Die CDU erstrebte damals ein Verbot des „politischen Streiks“. Heinz Renner entgegnete:

„Wer dem das Wort redet, daß in die Verfassung ein Verbot des sogenannten politischen Streiks hineingearbeitet wird, dem schwebt mindestens im Unterbewußtsein vor, daß damit jeder Streik verboten sein soll“.

Der Anschlag der CDU wurde abgewehrt — und die Gewerkschafter haben seither wiederholt erlebt, wie bedeutsam die Verteidigung ihres Streik- und Koalitionsrechts gerade angesichts der Maßhalte-Forderungen Erhards ist. Und die Metallarbeiter in Baden-Württemberg werden nach den Erfahrungen, die sie im Vorjahr machen mußten, jetzt besonders gut verstehen, welch eine Waffe sie und alle Gewerkschafter heute besitzen würden, wäre damals der noch weitergehende Antrag der KPD durchgesetzt worden, nachdem der Verfassungstext lauten sollte: „Das Streikrecht ist anerkannt. Den Unternehmern sind Aussperrung und ähnliche Maßnahmen verboten“.

Am gleichen Tag traten wir auch in der Debatte über den Entwurf des Artikels 4 — Gleichstellung von Mann und Frau — auf. Unsere wörtliche Er-

klärung lautete: „Das entscheidende Recht, das man der Frau geben muß, ist das Recht der im Berufsleben stehenden Frau auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“

Ebenso entschieden vertraten wir im Parlamentarischen Rat die Rechte der Jugend. Am 11. November 1948 legten wir in der Debatte über aktives und passives Wahlrecht dar, „daß den Wahlberechtigten das aktive Wahlrecht schon mit 18 Jahre und das passive Wahlrecht mit 21 Jahren eingeräumt werden sollte“. Im übrigen waren die Vertreter der KPD in der Wahlrechtsdebatte die einzigen, die ein reines Verhältniswahlssystem ohne einschränkende Klauseln vertraten.

Mit gleicher Entschiedenheit widersprachen wir den Einschränkungen der Rechte des Parlaments. Am 16. November 1948 erklärten wir im Hauptausschuß:

„Wenn man das parlamentarische Prinzip hochhalten will, muß der Bundestag, die einzig souveräne Vertretung des souveränen Volkes, die Instanz sein, die die Regierungsbildung aus sich heraus schafft. Das ist ihre Befugnis und Verpflichtung.“

Wir lehnten es ab, daß der Kanzler

vom Bundespräsidenten vorgeschlagen wird, und daß er seinerseits wiederum die Minister beruft, die damit der parlamentarischen Entscheidung entzogen sind. Wie ganz anders stünde der Bundestag da, hätte er, entsprechend unserem Antrag, die Möglichkeit, einen Minister, der ihm offen ins Gesicht lügt, wie Höcherl, vom Fleck weg abzuwählen! Um wieviel besser wäre es um das Ansehen der Bundesrepublik bestellt, könnte der Bundestag einen Revanchehetzer, wie Seeböhm, unmittelbar zur Verantwortung ziehen und aus der Regierung entfernen.

Unsere Fraktion hat in der Beratung über die Rechte des Parlaments noch einen anderen Antrag gestellt, dessen Bedeutung heute erst im rechten Licht erscheint: öffentliche Sitzung der Untersuchungsausschüsse! Wären wir damit durchgekommen, dann wüßte heute die Öffentlichkeit besser Bescheid über Strauß und Fibag und Onkel Aloys, dann wäre Licht gekommen in das Dunkel der Nacht- und Nebelaktion gegen den „Spiegel“, dann hätte Höcherl den Abhörskandal und seine SS-Freunde im Verfassungsschutz nicht so bequem über die Runden gebracht.

V.

Es ist hier nicht der Raum, um die demokratischen Initiativen unserer Fraktion — sie erstrecken sich auf den Kampf gegen Sondergerichte ebenso wie für die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung auch nach der finanziellen Seite hin — umfassend zu behandeln. Aber soviel, hoffe ich, wird aus den genannten Beispielen bereits klar, daß man die Frage beantworten kann, wer eigentlich damals konstruktiv im Sinne der Demokratie und der Volksrechte wirkte, und wer sich dazu destruktiv und reaktionär verhielt.

Reaktionär waren vom ersten Tag an diejenigen, die schon bei der Schaffung des Grundgesetzes an ihren Machtanspruch und nicht an die Selbstbestimmung des Volkes dachten, die die Rechte des Parlaments einschränkten, die in der Folgezeit in zehn Verfassungsänderungen das Grundgesetz aushöhlten und jetzt danach trachten, es mit der Notstands-

gesetzgebung vollends zu beseitigen. „Tatsächlich“, so schreibt „Die Welt“ mit bemerkenswerter Offenheit in ihrem Kommentar zu 15 Jahren Grundgesetz, „war es bei dieser Machtverteilung nur die Figur Konrad Adenauers, dem der Mantel der Verfassung wie angegossen saß, der diesen Mantel noch zu dehnen verstand, gelegentlich sogar überdehnte“.

Konstruktiv aber wirkten und wirken wir, die wir keine Verfassung nach dem Maße eines Adenauer und seiner finanzkapitalistischen, militaristischen und klerikalen Hintermänner, sondern demokratische Rechte und nationale Selbstbestimmung für das Volk erstrebten. Davon war unsere Mitarbeit am Grundgesetz getragen. Darum haben wir uns seither jeglicher Verfassungsänderung widersetzt. Darum ringen wir um die Beseitigung der Kluft zwischen Grundgesetz und Verfassungswirklichkeit.

Von eben dieser Bejahung des Grundgesetzes her, entwickeln wir auch heute unsere grundsätzlichen Forderungen. Sie lauten:

1. Kein weiterer Schritt zur Aushöhlung von Buchstabe und Geist des Grundgesetzes! Keine Notstandsgesetze, in welcher Form auch immer! Schluß mit jedem Versuch, durch die Beseitigung des Grundgesetzes die westdeutsche Bevölkerung schon in Friedenszeiten unter Kriegsrecht zu stellen!
2. Die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht und das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung müssen endlich die Politik der Bundesregierung bestimmen. Unvereinbar damit sind atomare Aufrüstung und revanchistische Ansprüche auf das Territorium anderer Staaten. Unvereinbar damit ist der kalte Krieg und die Absicht der Annexion der DDR. Was not tut und was das Grundgesetz gebietet, ist eine Politik

des Handelns und der Verständigung, ist die Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Ich glaube mit diesen Darlegungen auch die Frage beantwortet zu haben, die uns im Laufe der verstärkten Diskussion um die Beseitigung des Verbots der KPD immer wieder gestellt wird: Wie stehen die Kommunisten nun wirklich zum Grundgesetz? Wir stehen so positiv zum Grundgesetz, daß jeder, der dieses Grundgesetz als Demokrat ernst nimmt, daß jeder, der seinem Gebot zu einer Politik des Friedens und der nationalen Verantwortung folgt, allen Grund hat, sich für die Legalität der KPD einzusetzen. Wir sind dieser Überzeugung, weil wir das Verbot selbst für grundgesetzwidrig halten und auch darum, weil die Wiederherstellung der Rechte unserer Partei die Bestrebungen aller Kräfte des Friedens und der Demokratie in der Bundesrepublik entschieden fördern würde.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe — Instrument der brüderlichen Zusammenarbeit sozialistischer Länder

von GERHARD SCHULZE und RUDOLF THALE

Im April 1964 konnte der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ auf fünfzehn Jahre erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Bereits im Januar 1949 hatte eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien einiger europäischer sozialistischer Länder kritisch festgestellt, daß bei einer abgestimmten Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder die Vorzüge der im Aufbau begriffenen sozialistischen Wirtschaftsordnung voll ausgeschöpft werden könnten. In einer solchen Zusammenarbeit würden sich die nationalen Wirtschaften und damit der Lebensstandard der Völker in höchstmöglichem Tempo entwickeln. Auf Empfehlung dieser Beratung wurde im April 1949 von den europäischen Volksde-

mokratien Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei sowie der UdSSR der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gegründet. Noch im gleichen Jahr wurde die Volksrepublik Albanien als Mitglied aufgenommen, 1950 folgte die DDR, 1962 die Mongolische Volksrepublik. Damit waren die Voraussetzungen für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige brüderliche Hilfe von Staaten geschaffen, deren Territorium sich von den Gestaden des Stillen Ozeans bis zur Elbe und zum Balkan erstreckt.

Das Hauptziel des RGW war und ist es, durch Vereinigung und Koordinierung der Bemühungen der Mitglieder zur planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, zur Beschleunigung

gung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts in diesen Ländern, zur Hebung des Standes der Industrialisierung in den Ländern mit einer weniger entwickelten Industrie, zur ununterbrochenen Steigerung der Arbeitsproduktivität und ständigen Hebung des Wohlstandes der Völker der Partnerländer beizutragen. Damit dient der RGW der ökonomischen und politischen Stärkung jedes einzelnen sozialistischen Landes und der sozialistischen Völkergemeinschaft in ihrer Gesamtheit, damit trägt er maßgeblich bei zum Sieg des Sozialismus im friedlichen ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder beruht auf dem proletarischen Internationalismus, auf der vollen Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der nationalen Interessen, des gegenseitigen Vorteils aller beteiligten Länder und ihrer brüderlichen gegenseitigen Hilfe.

Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens — ein weltweiter Entwicklungsprozeß

Bereits mit dem Entstehen des Kapitalismus wurde die alte Isoliertheit und Abgeschlossenheit der nationalen Wirtschaftssysteme zerstört und die einzelnen Länder mehr und mehr — wie Lenin sagte — „zu einem Wirtschaftsganzen vereinigt“. Auf der Grundlage der sich entwickelnden Produktivkräfte, im erbitterten Konkurrenzkampf aller gegen alle entstand und vertiefte sich die kapitalistische internationale Arbeitsteilung. Ihr Ergebnis war und ist: außerordentlich ungleichmäßige ökonomische, politische, soziale und kulturelle Entwicklung der einzelnen Staaten, nationale Unterdrückung und wirtschaftliche Rückständigkeit vieler Länder, politisches Diktat der Starken über die Schwachen.

Mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems entstanden die Bedingungen für eine ihrem Wesen nach völlig neue internationale Arbeitsteilung. Heute verwirklichen die Länder des RGW die wissenschaftliche Voraussicht der Klassiker des Marxismus-Leninismus, daß das sieg-

Auch in der kapitalistischen Welt sind in den letzten eineinhalb Jahrzehnten verschiedene „supernationale“ Wirtschaftsorganisationen ins Leben gerufen worden, so die Montanunion, die EWG, die Euratom, Efta u. a. Im Hinblick auf die Herausbildung überstaatlicher Wirtschaftsorganisationen in Ost und West sprechen die Verfechter der Bourgeoisie schlechthin von „Wirtschaftsblöcken“, nicht zuletzt in der Absicht, mit diesem Begriff den unterschiedlichen Klasseninhalt, die grundverschiedenen Zielsetzungen und die Tatsache zu verschleiern, daß wirtschaftliche Zusammenschlüsse sozialistischer Staaten den Interessen der Werktätigen dienen, die kapitalistischer Länder hingegen den Interessen der Monopole.

Neben diesen grundsätzlichen Unterschieden liegen dem Entstehen dieser sogenannten „Wirtschaftsblöcke“ allerdings auch gewisse gleiche objektive Ursachen zugrunde. Worin bestehen sie?

reiche, zur Macht gekommene Proletariat die Zentralisation viel weiter führen wird als die Bourgeoisie. Lenin schrieb: „... daß die Tendenz zur Schaffung einer einheitlichen, nach einem gemeinsamen Plan vom Proletariat aller Nationen zu regelnden Weltwirtschaft als Ganzes, eine Tendenz, die bereits unter dem Kapitalismus ganz deutlich zutage getreten ist, unter dem Sozialismus unbedingt weiterentwickelt und ihrer Vollendung entgegengeführt werden muß.“¹⁾

Diese Forderung Lenins, die Internationalisierung des Wirtschaftslebens im Sozialismus konsequent und planmäßig voranzutreiben, ist unter den Bedingungen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution und der damit verknüpften stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte aktueller denn je. Die technische Revolution setzt für die Produktion, den Markt, die Höhe der Investitionen, den Aufwand für Forschung

¹⁾ W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin S. 135.

und Entwicklung, für die Zeitdauer der Überführung neuer Erfindungen in die Produktion bzw. für das Veralten heute noch moderner Produktionsanlagen und Verfahren völlig neue Maßstäbe. Unter diesen Verhältnissen wird die internationale wirtschaftliche Verflechtung für die großen wie die kleinen Länder immer mehr zu einer zwingenden Notwendigkeit. Zur Erläuterung ein Beispiel: Ein Charakterzug der technischen Revolution ist die rasch fortschreitende Vollmechanisierung und Automatisierung der Produktion. Unter diesen Bedingungen mit modernster Technik wettbewerbsfähig zu produzieren heißt, dem Gesetz der großen Serie zu folgen. In der Pkw-Produktion z. B. liegt heute die erforderliche Mindestgröße der Serie pro Jahr und Werk bei 500 000 Stück. Große

Serien verlangen zweierlei: 1. einen großen Absatzmarkt, der bei vielen Erzeugnissen im nationalen Rahmen einfach nicht mehr gegeben ist; 2. die Konzentration der Produktion und damit auch der Forschung und Entwicklung in den einzelnen Ländern auf einen ganz bestimmten Kreis von Erzeugnissen, da sonst weder große und wirtschaftliche Serien erreicht, die notwendigen Investitionsmittel aufgebracht, noch ein hohes Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gesichert werden kann.

Diese nur angedeuteten, aus der wissenschaftlich-technischen Revolution der Gegenwart entspringenden Impulse für eine immer stärkere Internationalisierung des Wirtschaftslebens im Sozialismus wie im Kapitalismus realisieren sich jedoch im Kapitalismus mit völlig anderen Ergebnissen als im Sozialismus.

Fünfzehn erfolgreiche Jahre

Wollte man das Wesen, den völlig neuen Inhalt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im RGW und seine bisher erzielten Erfolge auch nur einigermaßen hinreichend würdigen, wäre dazu wohl ein ganzes Buch notwendig. Wir können deshalb nur einige Ergebnisse stellvertretend für alle sprechen lassen.

Dank der eigenen Anstrengungen und der Zusammenarbeit im RGW konnte in allen europäischen sozialistischen Ländern die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus abgeschlossen und zum umfassenden Aufbau des Sozialismus übergegangen werden. Die einstigen Agrarländer Osteuropas wurden zu Industrie-Agrarstaaten. Während der Anteil des gesamten sozialistischen Lagers an der internationalen Weltproduktion von 20 Prozent im Jahre 1950 auf 38 Prozent, im Jahre 1963 stieg, erhöhte sich der entsprechende Anteil der RGW-Länder im gleichen Zeitraum von 18 auf 31 Prozent. Heute beläuft sich z. B. allein der Anteil der RGW-Länder an der Weltproduktion von Steinkohle auf ein Viertel, von Braunkohle auf drei Viertel, Stahl ein Viertel, Zement etwa ein Viertel usw. Die Industrie-Produktion der RGW-Länder erhöhte

sich von 1950 bis 1963 insgesamt auf fast das vierfache, davon in Bulgarien um das 5,4fache, in Ungarn um das 3,4fache, in Polen um das 4,2fache, in Rumänien um das 5fache, in der UdSSR um das 4fache, in der DDR um das 3,5fache und in der CSSR um das 3,2fache. Das in den einst ökonomisch rückständigen Ländern höhere Entwicklungstempo der Industrieproduktion ist zugleich Ausdruck der sich vollziehenden Annäherung im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der RGW-Länder. Was in der EWG leeres Wort, wird hier Wirklichkeit. Gegenüber den Vorkriegsjahren 1937/1939 war bereits bis 1959 in allen RGW-Ländern die Industrie zum Hauptzweig der Volkswirtschaft geworden. Das veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Anteil der Industrie an der Gesamtproduktion von Industrie und Landwirtschaft (in vH)

	1937/1939	1958/1959
Ungarn	42,0	71,0
Rumänien	40,5	66,6
Bulgarien	24,8	70,6
CSSR	57,0	85,9
DDR	80,9	86,8

Wie lächerlich nehmen sich doch angesichts der Wirklichkeit die Behauptungen von Adolf Weber aus, der in seinem Buch „Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft“²⁾ schreibt: „In dem großen Arbeitsplan, der für die Oststaaten aufgestellt wird, bleibt der CSR neben der Sowjetunion und der DDR die industrielle Produktion vorbehalten. Rumänien soll hauptsächlich Erdöl liefern, Polen Kohle, Bulgarien, Rumänien, Ungarn vorwiegend landwirtschaftliche Erzeugnisse.“ Unter kapitalistischen Verhältnissen wären die Balkanländer in der Tat weiterhin dazu verurteilt, Rohstoff- und Agraranhängsel der Industriestaaten zu sein, nicht aber im Sozialismus. Ein weiterer Beweis dafür ist die Entwicklung des Maschinenbaus innerhalb der Industrie dieser Länder. Sein Anteil entwickelte sich von 1950 bis 1960 wie folgt (in vH):

Land	1950	1960
Polen	9,3	21,6
Ungarn	24,0	33,3
Rumänien	13,3	23,8
Bulgarien	9,3	13,0
CSSR	20,2	32,5
DDR	24,0	33,3

Die einstigen Agrarländer unter ihnen sind heute selbst zu Maschinenexporteuren geworden und werden es immer mehr. Schon 1960 belief sich der Anteil des Maschinen- und Anlagenexports am Gesamtexport in Polen auf 24,5, in Ungarn auf 37,9 und in Bulgarien auf 13,2 Prozent.

Ähnliche Erfolge erzielten alle RGW-Länder auch im Bereich der Landwirtschaft und in den übrigen Volkswirtschaftszweigen. Mit ihnen konnte der Lebensstandard der Bevölkerung, konnten die Aufwendungen für soziale und kulturelle Zwecke usw. in allen RGW-Staaten rasch weiter erhöht werden. All diese Ergebnisse konnten nur dank der sich immer mehr vertiefenden Zusammenarbeit erzielt werden. Ohne sie, auf sich allein gestellt, vor allem ohne die selbstlose Unterstützung durch die Sowjetunion, hätten diese Erfolge nie

erreicht werden können. Weil dies den Völkern der sozialistischen Staaten zutiefst bewußt ist, verurteilen sie die Haltung der Führer der KP Chinas schärfstens, die behaupten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit sozialistischer Länder sei keine gesetzmäßige Notwendigkeit, sondern jedes Land müsse „aus eigener Kraft“ den Sozialismus aufbauen, erst dann könne es gleichberechtigt mit anderen sozialistischen Staaten zusammenarbeiten. Mit dieser grundfalschen Haltung und den mit ihr einhergehenden Verleumdungen der Bruderländer, vor allem der Sowjetunion, schadet sich China in erster Linie selbst, denn sein Isolieren vom sozialistischen Weltwirtschaftssystem kann seine eigene Entwicklung nur noch mehr verlangsamen. Übrigens strafen sich die chinesischen Führer selbst Lügen. Noch vor wenigen Jahren, als sie noch nicht auf ihre heutigen nationalistischen, sektiererischen Positionen abgeglitten waren, waren sie des Lobes voll über die umfangreiche Hilfe, die ihnen die anderen sozialistischen Länder, allen voran die Sowjetunion, gewährten. So teilte z. B. auf der VII. Tagung der sowjetisch-chinesischen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit die chinesische Seite mit, daß 60 Prozent der Erzeugnisse des Maschinenbaus der VR China nach Dokumentationen hergestellt werden, die andere sozialistische Länder zur Verfügung stellten. Rund 85 Prozent aller dieser Dokumentationen übergab die Sowjetunion. Mit ihrer Politik und Praxis der Unterminierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern schaden die chinesischen Führer den Interessen aller sozialistischen Völker, vermindern sie doch dadurch das Tempo des technischen Fortschritts und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems.

Gerade die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe ist eine völlig neue Erscheinung, die nur im Sozialismus denkbar ist. Oder, könnte sich vielleicht ein Kapitalist, ein Konzern dazu bereit finden, anderen Kapitalisten oder gar anderen Ländern seine neuesten Fer-

²⁾ Adolf Weber, „Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft“, Berlin-München 1959, S. 210.

tigungsverfahren oder Unterlagen über seine modernsten Erzeugnisse zu übergeben, noch dazu in der Regel kostenlos? Von 1948 bis 1962 übergab allein die UdSSR fast 17 000 komplette Dokumentationen und erhielt von den anderen Ländern etwa 8500. Insgesamt wurden in dieser Zeit über 30 000 solcher Dokumentationen zwischen den sozialistischen Bruderländern ausgetauscht. Der Nutzen daraus beträgt Hunderte Millionen DM für jedes Land, und er wird in den Erfolgen sichtbar.

Weitere Erfolge sind auch die ge-

meinsamen großen Industrieprojekte in den einzelnen Ländern des Rates. Hier sei nur erinnert an die größte Erölleitung der Erde aus der Sowjetunion, durch die sowjetisches Erdöl nach Ungarn und Polen, in die DDR und die CSSR fließt. Die an den Endpunkten der Leitung errichteten großen Erdölverarbeitungswerke sind ebenfalls das Ergebnis gemeinsamer Zusammenarbeit, vor allem mit der Sowjetunion.

Soweit nur einige Entwicklungserfolge des RGW in den bisherigen 15 Jahren seines Bestehens.

Die neuen Aufgaben des RGW

Zusammen mit der sozialistischen Völkergemeinschaft hat sich auch der RGW in allen Jahren seines Bestehens ständig weiterentwickelt, haben sich seine Aufgaben gewandelt. In den ersten Jahren der RGW-Arbeit stand vor allem die Entwicklung und Gestaltung des Außenhandels innerhalb des RGW im Vordergrund. Ab 1954/1955 wurde dann mit der Koordinierung der Planaufgaben der wichtigsten Produktionszweige begonnen. Heute ist die Koordinierung der Perspektivpläne der Teilnehmerländer des Rates zunächst bis 1970, später bis 1980 zur Hauptaufgabe geworden. Vor allem wird in gegenseitiger Vereinbarung festgelegt, welche der für den technischen Fortschritt entscheidenden Zweige in welchen Ländern in welcher Richtung entwickelt werden sollen, wie die Produktion vor allem solcher Erzeugnisse zu sichern ist, die heute noch in nicht ausreichendem Maße produziert werden, für welche Zwecke in den einzelnen Ländern investiert werden soll und wie sich die interessierten Bruderländer an ihrer Finanzierung mit beteiligen wollen, auf welche Gebiete sich die Forschung und Entwicklung im jeweiligen Land konzentrieren soll, wie die internationale Gemeinschaftsarbeit der Wissenschaftler und Techniker zu gestalten ist usw.

Mit all dem wird eine neue Stufe in der Zusammenarbeit im RGW eingeleitet, die einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer einheitlichen, nach

einem gemeinsamen Plan geleiteten sozialistischen Weltwirtschaft darstellt. Von großer Bedeutung hierfür waren die Tagungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder vom Juni 1962 und Juli 1963. Sie berieten die neuen erweiterten Aufgaben und gaben konkrete Empfehlungen für die Gestaltung der weiteren Tätigkeit. Bedeutsam war auch die Annahme der „Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung“, die 1962 erfolgte. Diese Grundprinzipien liegen nun der gesamten Arbeit zugrunde und bestimmen ihre weitere Richtung. Zugleich wurden viele organisatorische Veränderungen eingeleitet, alles mit dem Ziel, die Vorzüge des Sozialismus auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit maximal auszuschöpfen. Neu gebildet wurde z. B. das Exekutivkomitee des RGW, eine Reihe neuer ständiger Kommissionen des Rates, die „Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit“, ein gemeinsamer Güterwagenpark der RGW-Länder usw.

All diese Maßnahmen werden dazu beitragen, daß sich die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer noch erfolgreicher entwickeln kann als bisher. Bei all dem sind sich die RGW-Länder darüber völlig im klaren, daß die weitere Vertiefung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Zusammenarbeit ein

sehr komplizierter, mit vielen immer wieder neu auftauchenden Problemen verbundener Prozeß ist, der historisch gesehen — trotz des schon zurückgelegten fünfzehnjährigen Weges — eben erst begonnen hat. Je besser es alle Länder gemeinsam lernen, den ökonomischen Nutzen aus der internationalen Zusammenarbeit für alle

Beteiligten immer mehr zu vergrößern, desto rascher wird sich dieser Prozeß der sozialistischen Internationalisierung des Wirtschaftslebens vollziehen, desto größer werden die Erfolge des Sozialismus im Wettbewerb mit dem Kapitalismus sein, desto früher gehört dem Sozialismus der Sieg im Weltmaßstab.

In wessen Namen spricht Mao Tse-tung?

von OTTO BRAUN

Der Verfasser unseres Beitrags, Genosse Otto Braun, ist ein hervorragender Revolutionär der deutschen Arbeiterbewegung. Nach Verfolgungen in der Weimarer Republik kam Genosse Otto Braun über Moskau nach China, wo er sich der chinesischen Volksbefreiungsarmee anschloß und mit ihr u. a. am legendären „Langen Marsch“ teilnahm. Genosse Otto Braun arbeitet heute als Schriftsteller in Berlin. Er leitete nach seiner Rückkehr in die DDR 1954 als verantwortlicher Redakteur die Herausgabe der Werke W. I. Lenins in deutscher Sprache.

In den zwanziger und dreißiger Jahren war ich in China und habe einen wesentlichen Teil der anti-imperialistischen und nationalen Befreiungskämpfe selbst miterlebt.

Vom ZK der KP Chinas als Berater eingeladen, war ich dem Revolutionären Kriegsrat der chinesischen Roten Armee und seinem Stab zugeteilt. Unter anderem machte ich die Kämpfe in Südchina mit, nahm am legendären Langen Marsch teil und wirkte an der Militärakademie in Jenan. Diese Jahre boten mir reichlich Gelegenheit, die Gesetze des militärisch geführten Klassenkampfes kennenzulernen. Aus gleichem unmittelbarem Erleben kenne ich aber auch die Erfordernisse des Aufbaues einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und des Sozialismus. So weiß ich

sehr gut, daß sowohl der revolutionäre Krieg als auch der Aufbau einer sozialistischen Ordnung ihre eigenen Schwierigkeiten, ihr eigenes revolutionäres Pathos, ihre eigenen Gesetze haben.

Die falsche, abenteuerliche Politik der chinesischen Führer besteht m. E. unter anderem darin, daß sie es nicht verstehen, den Übergang von der Organisation des militärischen Kampfes zu den notwendigerweise anders gearteten Formen der Führung der Massen beim politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Sozialismus zu vollziehen. Dabei bezweifle ich nicht, daß es sich hier um eine komplizierte Aufgabe handelt, deren Lösung mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Unter den Bedingungen des Krieges

Vierundzwanzig Jahre kämpfte die chinesische Volksbefreiungsarmee unter der Führung der KP Chinas um

die Befreiung des chinesischen Volkes von feudaler und imperialistischer Knechtschaft. Erst im Oktober 1949

konnte im Ergebnis dieses erbitterten, langwierigen, vorwiegend mit militärischen Mitteln geführten Kampfes die volksdemokratische Republik China proklamiert werden. Die selbständige Führung des revolutionären Krieges und der revolutionären Armee übernahm die KP Chinas ab 1927. Von dieser Zeit an bis zur Niederwerfung der reaktionären Tschiangkaischek-Clique, die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges und der Niederwerfung der japanischen Aggression dem chinesischen Volk erneut einen Bürgerkrieg aufzwang, mußte fast ohne Unterbrechung Krieg geführt werden. Die bewaffnete revolutionäre Organisation war deshalb die wesentliche Organisationsform der chinesischen Revolution.

Über viele Jahre hinweg mußte der übergroße Teil der Parteimitglieder und -funktionäre unter den Bedingungen des Krieges leben. Unvorstellbare Opfer wurden in diesen revolutionären Kriegen vom chinesischen Volk und seinem führenden Kern, den Kommunisten, gebracht. Auf dem legendär gewordenen „Langen Marsch“ z. B., an dem ich teilnahm (1934 bis 1936), legte die Volksarmee 25 000 Li zurück. Das

sind etwa 13 000 Kilometer oder, um einen Vergleich zu gebrauchen: Es ist etwa die Länge der Erdachse von Pol zu Pol.

Tschiangkaischek setzte damals alles daran, die Rote Armee zu vernichten. Er verfügte über eine erstklassig ausgerüstete Armee. Um diesen besser ausgerüsteten und zahlenmäßig überlegenen Gegner zu schlagen, mußten die Kämpfer der chinesischen Roten Armee große Strapazen auf sich nehmen und einen opferreichen und heldenhaften Kampf führen. Die Nahrungsmittel waren äußerst knapp, die Soldaten hatten sehr oft nichts zu essen.

Es bedarf wohl keiner besonderen Erklärung, daß in einem solchen Krieg, gegen einen grausamen und bis an die Zähne bewaffneten Gegner, die Partei eine strenge Disziplin fordern und alle Kräfte auf die Führung des militärischen Kampfes konzentrieren mußte. Die innerparteiliche Demokratie, die politische Arbeit mit den Massen, die Organisation der Wirtschaft und die Verteilung der Konsumgüter mußten den harten Bedingungen des Bürgerkrieges (1927—1937) angepaßt werden.

Immer noch auf dem „Langen Marsch“?

Die Führungsmethoden, die sich in diesen für das chinesische Volk und die KP Chinas so schweren Jahren herausbildeten, entsprachen m. E. im wesentlichen den damaligen Bedingungen. Aber schon damals konnte es für einen Marxisten-Leninisten keinen Zweifel darüber geben, daß Organisationsformen der politischen Arbeit der Partei und der Staatsmacht (letztere entstand in China während des Befreiungskrieges im Innern des Landes in der Form von Sowjets), die während des Bürgerkrieges notwendig und richtig waren, nicht schematisch übertragbar sind auf Verhältnisse nach dem militärischen Sieg, wenn der friedliche Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zur Aufgabe wird.

Während des „Langen Marsches“ war es gerechtfertigt, von den Solda-

ten zu fordern, sich auf das Notwendigste einzuschränken, aber es ist nicht einzusehen, warum es in der Zeit des friedlichen sozialistischen Aufbaus klein- und spießbürgerlich sein soll, wenn die materiellen, geistigen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen größer werden. Bauen wir nicht gerade deshalb den Sozialismus auf, damit die wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen besser befriedigt werden können?

Um den Sieg im nationalen Befreiungskampf zu erringen, ist die bedingungslose Durchführung von Befehlen und eine strenge Administration unumgänglich. In der sozialistischen Wirtschaftsführung aber ist das Durchführen nötiger Maßnahmen ohne Überzeugungsarbeit, ausschließlich mit Befehlen, schädlich und antimarxistisch. Das hemmt die schöpfe-

rischen Kräfte der Werktätigen, ihre Initiative und ihren Leistungswillen. Aus den Erfahrungen, die ich beim Aufbau des Sozialismus in unserer Republik sammeln konnte, weiß ich, daß die Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise, das ungehinderte Wachstum der Produktivkräfte und der Ausbau der sozialistischen Produktionsverhältnisse gesetzmäßig die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie erfordern. Es ist eine unumstößliche Wahrheit, die nicht nur in unserer Republik, sondern auch in anderen sozialistischen Ländern ihre Bestätigung fand, daß die Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben, die mit dem Anwachsen der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft immer komplizierter werden, die Vervollkommnung der Demokratie verlangt.

Die moderne Technik verlangt, weil sie komplizierter und feingliedriger ist als früher, ein tieferes Verstehen technischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge. Auch die sozialistische Planung der Volkswirtschaft, die in dem Maße, wie die sozia-

listische Industrie und Landwirtschaft auf dem Wege des technischen Fortschritts vorwärtsschreitet, immer genauer werden muß, erfordert von den Werktätigen das Wissen um die Zusammenhänge der Ökonomie, das Studium der ökonomischen Gesetze und ihrer Wirkungsweise. Dieses Wissen können die Werktätigen nicht nur aus Lehrbüchern, Vorträgen und durch den Besuch von Bildungseinrichtungen erwerben. Sie erwerben es zu einem nicht unwesentlichen Teil in der gesellschaftlichen Praxis des sozialistischen Aufbaus.

Die Erfahrung lehrt: Nur wenn die Werktätigen immer umfassender in die Leitung aller politischen, wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Angelegenheiten einbezogen werden, ist der Sozialismus erfolgreich zu verwirklichen.

Methoden des Administrierens, der Routine und Ressortarbeit, das Ignorieren der ökonomischen Gesetze, Subjektivismus dürfen deshalb in der Leitung und Organisation einer sozialistischen Ordnung keinen Platz haben.

VIII. Parteitag beschloß keine „großen Sprünge“

Blicken wir in die Dokumente des VIII. Parteitages der KP Chinas, so läßt sich feststellen, daß 1956 die chinesischen Parteiführer im wesentlichen zu gleichen Erkenntnissen gelangten. Auf dem VIII. Parteitag wurde im politischen Bericht der KP Chinas eine richtige Zielstellung gegeben, wenn gesagt wurde: „In den Betrieben muß ein System der Leitung geschaffen werden, das eine Verbindung von kollektiver Führung und persönlicher Verantwortung darstellt. Alle wichtigen Fragen sollen durch kollektive Beratungen gemeinsam entschieden werden. Alle leitenden Funktionäre der Betriebe müssen es verstehen, tief in die Massen zu gehen und sich eng mit ihnen zu verbinden, ihre Stimmungen und Forderungen zu begreifen und den Massen aktiv bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten zu helfen.“

Diese Feststellungen lassen erkennen, daß auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas im wesentlichen richtige Beschlüsse gefaßt wurden. Aber die Parteiführung ging von diesem Weg eigenmächtig ab. Berauscht von ihren

militärischen Siegen und ersten wirtschaftlichen Erfolgen, unterlag sie dem kleinbürgerlichen Radikalismus und der nationalen Überheblichkeit. Sie mißachtete die durch die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder erhärteten allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus und versuchte auf einem schnelleren Weg, eben durch den „Großen Sprung“, „Volksgemeinschaften“ und dergleichen mehr direkt zum Kommunismus zu gelangen.

Es erfüllt mich mit tiefer Sorge, wenn ich feststellen muß, daß in China die sozialistische Demokratie nicht entwickelt und vervollkommenet wird, sondern immer stärker militärische Prinzipien im öffentlichen Leben angewendet werden. Wenn nach dem VIII. Parteitag, etwa ab 1958, in den Volksgemeinschaften die Losung ausgegeben worden ist, „Militärisch organisieren“, so bestätigt das meine zu Anfang getroffene Feststellung, daß es die chinesischen Parteiführer nicht vermochten, den Übergang von den Formen des militärischen Kampfes zu denen des friedlichen sozialistischen

Aufbaus zu finden, obwohl im wesentlichen richtige Maßnahmen für einen solchen Übergang auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas beschlossen wurden.

Heute wird die Anwendung militärischer Methoden in der Staats- und Wirtschaftsführung unter der Losung: „Von der Volksarmee lernen“ auf die Spitze getrieben. Kader aus der Armee übernehmen leitende Funktionen in der Wirtschaft und Verwaltung, obwohl dafür verständlicherweise ihre Sachkenntnis nicht ausreicht. In Betrieben und Einrichtungen des Handels schafft man Politabteilungen nach dem Vorbild der Armee. In den Gewerkschaften soll ebenfalls die militärische Ordnung eingeführt werden. Auf diese Weise wird die Mitarbeit der chinesischen Werktätigen bei der Lösung der

wirtschaftlichen Aufgaben faktisch unmöglich gemacht. Eine strenge Massenkontrolle über die Durchführung der Beschlüsse der Volksvertretungen, ein wesentliches Kennzeichen der sozialistischen Demokratie, gibt es nicht mehr.

Betrachte ich die gegenwärtige Entwicklung in China, so erinnere ich mich unwillkürlich an die weitsichtigen Worte Lenins, die er in seiner 1918 erstmalig veröffentlichten Schrift „Über die ‚linke Kinderei‘ und über die Kleinbürgerlichkeit“ gebrauchte. Die „linken Kommunisten“, so sagte Lenin, „haben nicht begriffen, wie denn nun der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus aussieht, der uns Recht und Grund gibt, uns Sozialistische Republik der Sowjets zu nennen“.

Furcht, Rechenschaft zu geben?

In den Jahren des nationalen Befreiungskampfes habe ich die im wesentlichen richtige Politik der chinesischen Parteiführung unterstützt. Mein eigenes Leben nicht schonend, habe ich gemeinsam mit den chinesischen Kommunisten für die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Sozialismus in China gekämpft. Heute wende ich mich der gleichen Ideale wegen gegen die Politik der chinesischen Parteiführung. Ich frage: **Wer hat Mao Tse-tung und den anderen chinesischen Führern das Recht gegeben, die Beschlüsse des VIII. Parteitages der KP Chinas vom Tisch zu fegen und so zu tun, als hätte es diese Beschlüsse nie gegeben?** Wer hat den Führern der KP Chinas die Vollmacht erteilt, sich über die Partei und ihr Volk zu stellen? Warum ersetzen sie die Lehre von Marx, Engels und Lenin durch eine dem Marxismus fremde, kleinbürgerlich-nationalistische Ideologie und negieren die Erfahrungen, die andere Länder beim sozialistischen Aufbau gesammelt haben? Offenbar sind sich die Führer der KP Chinas ihrer unrechten Handlungsweise bewußt. Wie ist es sonst zu erklären, daß seit dem September 1956, dem Zeitpunkt der Tagung des VIII. Parteitages der KP Chinas, noch kein weiterer Parteitag einberufen wurde? Fürchtet man sich davor, Rechenschaft darüber abzugeben und einsichtig zu

bekennen, daß die Beschlüsse des VIII. Parteitages ignoriert wurden? Ich kann mir eine so offensichtliche Verletzung der innerparteilichen Demokratie nicht anders erklären. Es ist ein Beweis für die marxistisch-leninistische Haltung unserer Partei, wenn entsprechend dem Statut regelmäßig die Parteitage, die Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen sowie die Plenartagungen des ZK durchgeführt werden.

Die Auseinandersetzungen mit den Führern der KP Chinas haben einen Punkt erreicht, an dem diese Fragen gestellt werden müssen. Ich persönlich stelle diese Fragen, weil es mich schmerzlich berührt, wenn ich daran denke, daß die chinesischen Führer durch ihr Abweichen von den Beschlüssen des VIII. Parteitages den humanistischen und sozialistischen Idealen, für die so unzählig viele chinesische Menschen, chinesische Kommunisten und auch ich kämpften, einen so schlechten Dienst erweisen. Nur wenn die Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden und wenn die innerparteiliche und sozialistische Demokratie entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus wiederhergestellt werden, sind die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in China erfolgreich zu lösen.

(Etwas gekürzt aus „Neues Deutschland“, 7. Mai 1964, Seite 5)

Einige Lehren aus dem ersten Weltkrieg

Zum 50. Jahrestag des Beginns des ersten Weltkrieges 1914—1918

von HERBERT MÜLLER

In diesem Sommer jähren sich zwei verhängnisvolle Daten der neueren Geschichte: Vor 50 Jahren begann der erste Weltkrieg, und vor 25 Jahren stürzte der deutsche Imperialismus erneut die Welt und unser eigenes Volk in den Abgrund eines weltumspannenden Krieges. Diese Daten erinnern eindringlich daran, daß innerhalb eines einzigen Menschenalters zweimal verheerende Weltkriege entstanden, die dem oberflächlichen Betrachter den Eindruck elementarer Katastrophe machen könnten.

Für die heute lebende Generation, die in vielen Fällen beide Weltkriege erlebte, zumindest aber den zweiten und bis in die jüngsten Jahrgänge hinein die Folgen zu spüren bekam, ist die Frage nach den Ursachen und Triebkräften dieser beiden Weltkriege vom höchsten Interesse. Es wäre auch falsch, die Frage nur darum zu stellen, weil Deutschland 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 eine Niederlage erlitt. Denn die Antwort darauf ist unmittelbar verbunden mit der Frage nach den Ursachen des ersten wie des zweiten Weltkrieges, genauso wie in der Verknüpfung historischer Ursachen und Wechselwirkungen der erste und der zweite Weltkrieg nicht voneinander zu trennen sind. Es geht daher nicht um historische Reminiszenzen an weit zurückliegende Ereignisse, wenn heute

von den Lehren des ersten Weltkrieges die Rede ist. Diese Lehren sind für unser Volk, vor allem für die Menschen in der Bundesrepublik, von geradezu bestürzender Aktualität.

Es ist sehr interessant zu bemerken, daß unter den Stimmen, die sich kürzlich gegen die plumpen Versuche gewisser neonazistischer Kreise wandten, mittels des obskuren amerikanischen Historikers Hoggan Hitler von der Schuld am zweiten Weltkrieg reinzuwaschen, auch solche befanden, denen es in Wahrheit darum ging, den so bequemen Sündenbock Hitler als den eigentlichen Urheber des Unheils bei solchen ungeschickten Rehabilitierungsversuchen einzubüßen. Sie dachten: Wenn es Hitler nicht war, könnte jemand auf die verwegene Idee kommen, den tatsächlichen Urheber und Hintermännern nachzuspüren und unangenehme Konsequenzen heraufbeschwören. Was den ersten Weltkrieg betrifft, so gibt es hier keinen Hitler, auf den die Schuld abgeladen werden kann. Hier findet man selbst bei bürgerlichen Historikern das Argument, der erste Weltkrieg sei ja von allen Seiten ein imperialistischer Krieg gewesen — was doch auch von den Marxisten anerkannt wäre —, so daß eine einseitige Schuld Deutschlands nicht vorliege.

Die räuberischen Ziele der imperialistischen Mächte

Lenin hat in seinem Artikel „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“ die Ursachen des ersten Weltkrieges bereits im September 1914 präzise zusammengefaßt. Er schreibt:

„Der europäische Krieg, den die Regierungen und bürgerlichen Parteien aller Länder jahrzehntlang vorbereitet haben, ist ausgebrochen. Das Anwachsen der Rüstungen, die äußerste Zuspitzung des Kampfes um die Märkte in der Epoche des jüngsten, des imperialistischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus in den fort-

geschrittenen Ländern, die dynastischen Interessen der rückständigsten, der osteuropäischen Monarchien mußten unvermeidlich zu diesem Kriege führen und haben zu ihm geführt.“¹⁾

In der gleichen Schrift jedoch weist Lenin, der die räuberischen imperialistischen Ziele beider einander gegenüberstehenden, seit Jahren bekannten Mächtegruppen — Dreibund einerseits und Entente andererseits — darlegt, daraufhin, daß Deutschland in dieser gespannten, durch die imperialistischen Konflikte immer wieder angeheizten Weltlage, die Rolle des Angreifers übernahm. Das entsprach der aggressiven Rolle der jungen

¹⁾ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Bd. 1, Berlin 1961, S. 745

imperialistischen Bourgeoisie Deutschland im Kampf um die Weltmärkte, das entsprach dem mächtigen Rüstungsstand des deutschen Reiches zu Lande, zu Wasser und auch damals schon in der Luft. Die deutschen Militaristen und Imperialisten hielten im Sommer 1914, nach dem bekannten Attentat von Serajewo, das den günstigen Vorwand zu bieten schien, die Situation für vorteilhaft, den Kampf um die Vorherrschaft in Europa zu beginnen.

„Die deutsche Bourgeoisie, die das Märchen aufischt, sie führe einen Verteidigungskrieg, hat in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt aus günstigsten Zeitpunkt für den Krieg ausgewählt, um ihre letzten Errungenschaften in der Kriegstechnik auszunutzen und den von Rußland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen Rüstungen zuvorzukommen“, schreibt Lenin.²⁾

Die Rolle der deutschen Linken

Angesichts dessen ist der Kampf, den die revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung, die deutschen Linken unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg führten, um den Krieg zu verhindern, von besonderem Gewicht. Interessierte rechte sozialdemokratische Historiker stellen heute die Dinge so hin, als habe die deutsche Sozialdemokratie im Falle eines Kriegausbruches nicht genau gewußt, wie sie handeln solle. Seit dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale gab es die sehr klare, von Lenin und Rosa Luxemburg gemeinsam vorgeschlagene und einstimmig beschlossene Direktive, für alle Parteien, die in Kopenhagen 1910 und

Außer diesem außenpolitischen Moment nennt Lenin aber noch ein sehr gewichtiges innerpolitisches: „Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den inneren politischen Krisen in Rußland, Deutschland, England und anderen Ländern, Entzweiung und nationalistische Verdrummung der Arbeiter und Vernichtung ihrer Vorhut, um die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu schwächen — das ist der einzige wirkliche Inhalt und Sinn, die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Krieges.“³⁾

In der Tat schwankte die deutsche imperialistische Großbourgeoisie, als sie ihr Kriegsabenteuer startete, zwischen der Furcht vor der unter friedlichen Umständen wachsenden Kraft der Arbeiterklasse und der Furcht vor weitreichenden innerpolitischen Konsequenzen bei einer längeren Dauer des Krieges. Hier wurzelten auch ihre Blitzkriegsgedanken.⁴⁾

in Basel 1912 wiederum bestätigt worden war: „Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Büros alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern...“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“⁵⁾

Dieser internationalen Verpflichtung kamen die deutschen Linken als einzige in der deutschen Arbeiterbewegung nach. So führten sie unter der Leitung von Karl Liebknecht einen verstärkten Kampf gegen den Einfluß des Militarismus auf die Jugend: Anklage Liebknechts im Reichstag gegen Krupp 1913 und Rosa Luxemburgs mutiges Auftreten gegen Sol-

²⁾ Ebenda, S. 746

³⁾ Ebenda, S. 745

⁴⁾ Über die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges vgl. Kurt Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende, die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd. 6), Berlin 1960.

⁵⁾ Zit. nach W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1945, Anhang, S. 113.

datenmißhandlungen 1913 und 1914 waren die andere Seite des gleichen Kampfes gegen den deutschen Militarismus, dem Hauptfeind der Nation. Diesen mutigen und revolutionären Aktionen stand der seit 1907 immer spürbarer werdende Vormarsch des Revisionismus und seines Einflusses gegenüber, der sich natürlich auch auf die Kampfbereitschaft der Partei gegen den drohenden imperialistischen Krieg auswirkte. Von da zur Vaterlandsverteidigung, die sich schon anbahnte, als im Herbst 1913 die SPD-Fraktion als stärkste Fraktion des Reichstages die Deckungsvorlage zur Wehrvorlage bewilligte, war es nur ein Schritt. Im Sommer 1914 konspirierte eine kleine Gruppe rechter sozialdemokratischer Führer im Parteivorstand direkt mit der Regierung und sicherte dem Reichskanzler zu, daß es, der mächtigen Antikriegsdemonstration ungeachtet, keinen Widerstand gegen den Krieg von seiten der sozialdemokratischen Führung geben werde.⁶⁾ Damit war vorbereitet, was sich dann am 4. August 1914 in offener Reichstagssitzung vollendete: Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei erklärte vor den Ohren der ganzen Welt, daß die SPD die Parole der Vaterlandsverteidigung zu ihrer eigenen mache und in der „Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lasse“.

Nur die deutschen Linken, anfangs ein kleines entschlossenes Häuflein, von der bürgerlichen Presse und selbst von rechten sozialdemokratischen Blättern als Vaterlandsverräter verfeimt, führten unter den Fesseln des

militärischen Belagerungszustandes ihren Kampf fort, ohne einen Moment ihre prinzipielle marxistische Position aufzugeben. Karl Liebknecht gab mit seinem „Nein“ zu den neuen Kriegskrediten am 2. Dezember 1914 ein weithin wirkendes Beispiel des nationalen Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus. Mit dem gleichen Mut schrieben die deutschen Linken die Losung auf ihre Fahne: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“, die sie in ihrem Kampf konsequent befolgten. Es sei hier nur an die Demonstration zum 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz erinnert, für die Karl Liebknecht verhaftet und eingekerkert wurde, an die mutigen Kämpfe der revolutionären Arbeiterjugend gegen die unter dem Vorwand des Krieges verstärkte Ausbeutung, an den Flottenaufstand vom Sommer 1917, an die großen Streikaktionen im Januar 1918 bis hin zur November-Revolution.

Diese Ereignisse markieren den unablässigen Kampf der Besten der deutschen Arbeiterklasse für die wahren Interessen der Nation, für das Wohl des Volkes.

„Die Arbeit der deutschen Spartakusgruppe, die unter den schwierigsten Umständen eine systematische revolutionäre Propaganda trieb, hat wirklich die Ehre des deutschen Sozialismus und des deutschen Proletariats gerettet“, stellte Lenin richtig am Vorabend der Novemberrevolution, im Herbst 1918 fest, als das imperialistische Kriegsabenteuer der deutschen Monopole und Generale rettungslos in die Sackgasse geraten war.⁷⁾

Den Geschichtsfälschern ins Stammbuch

Vor kurzem beklagte der „Vorwärts“ im Zusammenhang mit dem Erscheinen einer Weltgeschichte der Gegenwart, daß der wichtigste Beitrag in diesem Sammelwerk einem Histo-

riker anvertraut worden sei, „der die Geschichte der letzten fünfzig Jahre mit schwarz-weiß-roten Scheuklappen betrachtet“.⁸⁾

Es ist das nicht verwunderlich, denn lange Zeit gehörte es bei den meisten bürgerlichen Historikern zum guten Ton, die historische Verantwortung des deutschen Imperialismus für den ersten Weltkrieg ebenso zu leugnen wie die gewaltige geschichtliche Bedeutung des Kampfes der Linken in der deutschen Sozialdemokratie als wahre Verfechter der nationalen Interessen. Jahrelang nach 1918 be-

⁶⁾ Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S. 17.

⁷⁾ Zit. nach W. I. Lenin, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Aus Schriften — Reden — Briefen, Berlin 1957, S. 454.

⁸⁾ „Vorwärts“ vom 15. April 1964.

handelten die bürgerlichen Historiker in Deutschland die „Schuldfrage“ in bezug auf den ersten Weltkrieg, wobei diese Fragestellung einen ganz bestimmten politischen Zweck verfolgte. Denn, wenn der „Nachweis“ erbracht wurde, daß Deutschland am ersten Weltkrieg unschuldig sei, so war es ja sein gutes historisches Recht, zur Revision der Versailler Bestimmungen einen neuen Krieg zu beginnen. Die Diskussion um die Kriegsschuldfrage war also nicht eine Sache der „Ehrenrettung“ für das deutsche Volk, sondern mündete haargenau in die Rechtfertigung des Revanchismus.

Für Wissenschaftler, die es sich bekommen lassen, objektiv den Wurzeln des imperialistischen Krieges von 1914 nachzuforschen, hält ja auch die Bundesrepublik keineswegs Ehrungen bereit, wie kürzlich bei Herrn Hoggans einfalllosen Geschichtsklitterungen. Fischer mußte amtliche Behinderungen seiner vorgesehenen Reise nach den USA hinnehmen und wissenschaftliche Ehrabschneidung obendrein. Im Sommer 1962 warfen Historiker schwarz-weißroter Couleure Fischer in der „Welt“ öffentlich vor, er habe in seinem Buche „Griff nach der Weltmacht“, das wissenschaftlich die weitreichenden räuberischen Kriegsziele des deutschen Imperialismus 1914 bis 1918 nachweist, das Material „einseitig“ interpretiert. Fischer hat den Mut gehabt, seinen Anklägern zu antworten: „Unser Blick ist durch die Leiden und Erfahrungen zweier Weltkriege geschärft. Es stellt sich die Frage, ob wir aus der inzwischen gewonnenen Distanz bereit sind, im Sinne einer nüchternen Bilanz die Konsequenz der deutschen Vergangen-

heit zu ziehen.“⁹⁾ Diese Konsequenz, die sich aus den Leiden und Erfahrungen zweier Weltkriege ergibt, ist es, die Fischer und anderen gleichgesinnten Historikern in der Bundesrepublik von den Scharfmachern übernommen wird. Dabei bleibt Fischer leider insofern inkonsequent, als er nicht berücksichtigt, daß damals schon es die deutschen Marxisten waren, die die wirklichen Ziele des deutschen Imperialismus enthüllten und den Ausweg für das deutsche Volk zeigten.

Immerhin spiegeln solche Tendenzen in der westdeutschen Geschichtsschreibung den Einfluß der Deutschen Demokratischen Republik wider, wo die praktischen Schlußfolgerungen im Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden gezogen wurden. Hier sind die Lehren des ersten Weltkrieges beherzigt worden. Die imperialistischen Kräfte, die 1914 den Krieg herbeiführten und den Sprung nach der Weltmacht 1939 wiederholten, sind hier vollkommen entmachtet, materiell wie ideologisch. Die Macht ist in die Hände der gesellschaftlichen Kräfte übergegangen, die schon 1914 bis 1918 bewiesen haben, daß sie die Interessen der werktätigen Massen vertreten. Bekanntlich gehörte Wilhelm Pieck, der verstorbene erste Präsident des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, zu den Mitgliedern der Spartakusgruppe, die den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führte. Genosse Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, hat in den gleichen Jahren als junger Anhänger der Spartakusgruppe im Felde und dann auch im Hinterland wirkungsvolle Aufklärungsarbeit unter Soldaten und Arbeitern geleistet.

Die Verantwortung erkennen!

In der Bundesrepublik herrschen noch immer die gleichen Kräfte des Imperialismus und Militarismus, die zweimal in der Geschichte der letzten 50 Jahre Weltkriege vorbereiteten und führten. Weil dem so ist, können die Völker Europas noch immer die Gefahr eines neuen Krieges nicht als gebannt betrachten, zumal diese aggressiven Kräfte ihre Hände nach ato-

maren Waffen ausstrecken und den Revanchismus zu ihrer politischen Hauptlinie erklärt haben. In der vom Parteitag 1963 beschlossenen Programatischen Erklärung heißt es mit vollem Recht: „Jede von Verantwortung für Leben und Zukunft unseres Volkes getragene Politik muß eine solche Katastrophe verhindern. Jedes von deutschen Interessen geleitete Streben muß der zum Atomkrieg treibenden „Politik der Stärke“ eine Politik der nationalen Verantwortung, der fried-

⁹⁾ Zit. nach „Wütende NATO-Historiker“ in: Neues Deutschland vom 1. August 1962, Nr. 209, S. 4.

lichen Koexistenz, der Abrüstung und einer deutschen Friedensregelung entgegengesetzt. Das ist der einzige Weg zur Beseitigung der Gefahr eines Bruderkrieges, zur Sicherheit für die Bevölkerung der Bundesrepublik.⁽¹⁰⁾

Die Verantwortung aller friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik ist somit ganz besonders groß. In den Friedensaktionen kämpft der bewußteste Teil der deutschen Arbeiterklasse in der Bundesrepublik eingedenk der patriotischen Traditionen des Kampfes der deutschen Linken, unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ist eine unschätzbare Hilfe im Kampf gegen den Militarismus, der in der Bundesrepublik auf Revanche sinnt. Die Anziehungskraft ihrer konsequenten Friedenspolitik auf die Jugend und auf die friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik hat sich erneut zu Pfingsten 1964 in Berlin beim Deutschlandtreffen so nachdrücklich gezeigt, daß selbst das Westberliner „Spandauer Volksblatt“, feststellen mußte: „Keiner konnte mit ‚Nein‘ antworten auf die Frage, ob die

junge Generation eine friedliche und reiche Zukunft haben wolle. Aus diesem Grunde war sicherlich auch das Gelöbnis bei der Abschlußfeier echt — alle Kraft dafür einzusetzen, daß Deutschland Heimstatt des Friedens und der Demokratie und des Humanismus werde!⁽¹¹⁾

Diesen Schwur in ganz Deutschland zu verwirklichen, heißt auch die Lehren des ersten Weltkrieges in der Bundesrepublik ziehen. Im Bericht des Polit-Büros auf der 3. Tagung des Zentralkomitees der KPD wird im Kampf um den Frieden von jedem Kommunisten höchste Aktivität gefordert: „Dazu gehört es, daß wir der Petition gegen die multilaterale Atomstreitmacht stärkste Unterstützung geben und dabei begründen, daß die Bundesrepublik sich mit der Deutschen Demokratischen Republik über Verzicht auf Atomwaffen und Rüstungsstopp verständigen muß. Hierzu gehört es auch, den 25. Jahrestag des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges gut vorzubereiten, damit er ein machtvolles Bekenntnis für Frieden, Entspannung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten wird.“⁽¹²⁾

Olympische Spiele und Verbot des Sportverkehrs — wie verträgt sich das?

von JOSEF ANGENFORT

Während der Osterfeiertage trugen mehr als 50 Sportmannschaften aus der Bundesrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik Wettkämpfe aus. Sie hatten sich vom Verbotsbeschuß des westdeutschen Sportbundes, in dem der Sportverkehr mit der DDR untersagt wird, distanziert. Zahlreiche Vertreter dieser Sportmannschaften erklärten übereinstimmend, daß dieser Verbotsbeschuß widersinnig und nicht mit den Grundsätzen des Sports zu vereinbaren sei.

¹⁰⁾ Zit. nach „Der Weg der Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit“, „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 16.

¹¹⁾ Zit. nach „Neues Deutschland“ vom 21. Mai 1964, Nr. 138, S. 2.

¹²⁾ „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1964, S. 32.

Der Sprecher einer Kreisklassenfußballmannschaft aus Dortmund-Rahn, sagte bei dieser Gelegenheit: „Wir haben die Schweden bei euch gesehen, wir hörten, daß französische Profis zum Freundschaftsspiel in Leipzig waren. Wir wissen, daß zwischen den Sportlern aus beiden deutschen Staaten Ausscheidungskämpfe für die Olympischen Spiele 1964 stattfinden. Warum soll uns ‚Kleinen‘ da nicht der freie Sportverkehr gestattet sein? Wir Sportler aus der Bundesrepublik haben doch nur den Schaden von dem Sportverbot.“ Der Sportler von Dortmund-Rahn, hat vollkommen recht. Die westdeutschen Sportler sind die Leidtragenden des Verbotsbeschlusses vom 16. August 1961. Sie werden dadurch gehindert, mit ihren natürlichen Partnern, den Mannschaften aus der DDR, Wettkämpfe auszutragen. Es

wird ihnen unmöglich gemacht, an einer Reihe internationaler Wettkämpfe teilzunehmen. Den westdeutschen Schwimmern wurde zum Beispiel von der Sportführung der Bundesrepublik unter Leitung von Willi Daume verboten, bei den Europa-Meisterschaften in Leipzig an den Start zu gehen. Die Kanu-Weltmeisterschaften 1962 in Essen, in die schon zehntausende DM investiert waren, mußten der Bundesrepublik entzogen und nach Jugoslawien vergeben werden, weil die Regierung der Bundesrepublik sich weigerte, Sportler aus der DDR zu dieser Weltmeisterschaft zuzulassen. Der Bundesrepublik wurde die Ausrichtung der Weltmeisterschaften im Rodeln entzogen; der internationale Ruderverband lehnte es ab, einen Antrag der Bundesrepublik zur Aus-

richtung der Weltmeisterschaften zu berücksichtigen und die Judo-Sportler der Bundesrepublik durften an den Europa-Meisterschaften 1964 nicht teilnehmen, weil diese in der DDR stattfanden.

Es liegt auf der Hand, daß der Verbotsbeschluß der westdeutschen Sportführung nichts mit den Olympischen Prinzipien, wie sie Baron Coubertin, der Erneuerer der Olympischen Spiele, formulierte, zu tun hat. Es heißt in diesen olympischen Prinzipien: „Die sportlichen Begegnungen müssen ein brüderlicher Wettstreit sein. Sie müssen beitragen zur Liebe und Aufrechterhaltung des Friedens unter den Völkern. Es darf keinerlei Unterschied einem Lande oder einer Person gegenüber aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen geduldet werden.“

Aufhebung des Düsseldorfer Verbotsbeschlusses

Völlig zu Recht weisen zahlreiche Sportler darauf hin, daß der Düsseldorfer Verbotsbeschluß eine Diskriminierung der Sportler der DDR ist, daß der Sportverkehr mit der DDR aus politischen Gründen untersagt wurde, daß in der Bundesrepublik der Sport für politische Ziele mißbraucht wird.

Der Vorsitzende des Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik, Willi Daume, der im August 1961 die Sicherung der Staatsgrenzen der DDR in Berlin zum Anlaß nahm, ohne Befragung der Fachverbände den Sportverkehr mit der DDR einseitig abbrechen, spürt natürlich den wachsenden Unwillen westdeutscher Sportler. Er spürt auch die wachsende Kritik, die von den internationalen Fachverbänden des Sports geübt wird. Die Präsidenten der acht größten Welt-sportförderationen (Fußball, Basketball, Turnen, Motorsport, Kanu-Sport, Ringen, Tischtennis, Skisport) haben z. B. in einer gemeinsamen Erklärung bei den Vereinten Nationen und 5 Regierungen der NATO-Länder gegen jede Diskriminierung protestiert. Es heißt in ihrem Schreiben:

„Zwischenstaatliche sportliche Wettbewerbe helfen bei der Förderung des internationalen guten Willens und eines Geistes sportlicher Zu-

sammenarbeit, die sich unvermeidlich günstig auf alle Formen der internationalen Beziehungen auswirken müssen. Es ist zutiefst bedauerlich, daß sich heute noch einige Länder weigern, Sportlern aller Länder die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen zu ermöglichen und diese Weigerung mit politischer Zweckdienlichkeit begründen. Das ist besonders der Fall hinsichtlich Ostdeutschlands, dessen Sportlern häufig das Recht streitig gemacht wird, an internationalen Sportveranstaltungen in den Ländern Westeuropas teilzunehmen . . . Wir appellieren daher an Sie, alle Schranken zu beseitigen, die dem internationalen Sportverkehr im Wege stehen . . .“

Willi Daume versucht sich mit einem Trick der Kritik zu entziehen und dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR den „Schwarzen Peter“ zuzuspielen. Er verzichtet in letzter Zeit darauf, den Verbotsbeschluß vom 16. August 1961 zu zitieren und behauptet, der Sportverkehr sei abgebrochen worden, weil der Sportbund der DDR es seinerzeit abgelehnt habe, mit Westberlin sportliche Wettkämpfe durchzuführen. Der Sportverkehr könne jederzeit wieder aufgenommen werden, wenn gesichert sei, daß auch

mit den Westberlinern Sport getrieben werde. Was sind aber die Tatsachen?

Tatsache ist, daß der Sportverkehr zwischen beiden deutschen Staaten von den Scharfmachern in Bonn, den Adenauer, Barzel, Brentano und Strauß systematisch angefeindet und schließlich unter ihrem Druck abgebrochen wurde. Friedliche sportliche Begegnungen mit Bürgern der DDR, Verständigung zwischen den Sportlern aus beiden deutschen Staaten, gleichberechtigte Teilnahme von Sportmannschaften beider deutscher Staaten an internationalen Wettkämpfen, waren mit ihrem Ziel, ihren Herrschaftsbereich auszudehnen und die DDR bei passender Gelegenheit zu annektieren, nicht zu vereinbaren. Deswegen forderte der heutige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, von Brentano, bereits ein dreiviertel Jahr vor der Sicherung der Staatsgrenze in Berlin „... mit dem Kulturaustausch mit der Sowjetzone und dem gesamtdeutschen Sportverkehr Schluß zu machen“.¹⁾

Gegen sportfremde Politik — für die olympischen Ideen

Die Tatsachen beweisen: Der Sport wird in der Bundesrepublik zu sportfremden Zwecken mißbraucht, die nichts, aber auch gar nichts mit der olympischen Idee, mit dem Grundgedanken des Sports — Frieden und Verständigung — zu tun haben. Der Düsseldorfer Verbotsbeschluß wurde unter dem Druck der gleichen Leute herbeigeführt, die bisher eine Wiederholung des Passierscheinabkommens von Weihnachten 1963 sabotiert haben, die gegen alles schlagen, was der Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik dienen kann. Wir Kommunisten sollten dies den Sportlern immer wieder erklären.

Wir raten den Sportlern, sich die Kräfte in der Bundesregierung und hinter der Bundesregierung, die sich der Aufhebung des Verbotsbeschlusses widersetzen, einmal genau anzusehen. Es sind die gleichen, die sich weigern, auch nur die Hälfte der zugesicherten Summe von 84 Millionen DM jährlich

Der Bundesgerichtshof wurde in Bewegung gesetzt und fällt am 14. März 1961 ein sogenanntes Grundsatzurteil, in dem es heißt, daß der Deutsche Turn- und Sportbund der DDR eine verfassungsfeindliche Organisation sei. Am 5. Juni 1961 bestellte von Brentano Willi Daume zu sich und drängte darauf, daß die westdeutsche Eishockey-Mannschaft bei den Weltmeisterschaften in Genf nicht gegen die Mannschaft der DDR antrete. Daume folgte dem Druck. Und am 8. Juni 1961 erklärte der damalige Bundeskanzler Adenauer vor Journalisten: „Es wäre mit einem gesunden Nationalgefühl nicht zu vereinbaren, wenn in unserer Situation deutsche Sportler an einer Veranstaltung teilnehmen, bei der die DDR-Flagge gehißt wird. Man muß in dieser Hinsicht auch dann hart bleiben, wenn dadurch der gesamtdeutsche Sportverkehr völlig zum Erliegen kommt.“²⁾ Willi Daume zog dann am 16. August 1961 mit dem Verbotsbeschluß nach. Die Gelegenheit schien ihm günstig.

für den „Goldenen Plan“ des Sports auszugeben, die aber gleichzeitig 20,6 Milliarden DM für eine wahnsinnige Rüstung herauswerfen, die morgen den Sportlern das Leben kosten kann. Es sind diejenigen, die auf den Volkssport pfeifen, die es durchaus kalt läßt, daß von 100 Schulkindern in der Bundesrepublik 43 Haltungsschäden aufweisen. Es sind die Kräfte, die mit Hilfe der Notstandsgesetze alle demokratischen Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik beseitigen wollen und gleichzeitig darauf drängen, die Satzung des Sportbundes zu verändern, der Führungsspitze weitere Weisungsbefugnisse zu geben, um so den Sport noch mehr mit ihrer Politik gleichschalten zu können. Hier wird deutlich: Die Sportler in der Bundesrepublik brauchen — um der freien Entfaltung des Sports willen — eine Politik des Friedens, der Verständigung der beiden deutschen Staaten, des Rüstungsstopps, des Verzichts auf atomare Aufrüstung der Bundesrepublik.

Es ist geboten, gerade im Jahr der Olympischen Spiele 1964, in dem sich auch der Ausbruch des 2. Weltkrieges

¹⁾ „Ruhr-Nachrichten vom 28. September 1960

²⁾ „Der Telegraf“ vom 9. Juni 1961

zum 25. Male jährt, an diese schrecklichen Erfahrungen zu erinnern. Wir sollten nachweisen, wie notwendig es ist, daß auch die Sportler mit all denen zusammenarbeiten, die — wie die Gewerkschaften — einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik fordern; die — wie die Ostermarschbewegung — gegen die multilaterale atomare Aufrüstung der

Bundesrepublik auftreten. Gerade in der Vorbereitung und bei der Durchführung des Antikriegstages ist der Platz der Sportler an der Seite derer, die dafür eintreten, daß niemals mehr Millionen junger Menschen, hoffnungsvolle Sportler, wie Harbig und Urban, in einem sinnlosen Krieg ihr Leben lassen müssen.

Für ungehinderten Sportverkehr

Und wie steht es mit dem Argument, der Sportverkehr sei abgebrochen worden, weil der Sportbund der DDR es seinerzeit abgelehnt habe, mit den Westberliner Sportlern Wettkämpfe durchzuführen? Es ist eine glatte Lüge: Noch am 13. August 1961 führten Westberliner Radsportler in der DDR Wettkämpfe durch. Erst als der westberliner Sportverband dem Düsseldorfer Verbotsbeschuß folgte, kam der Sportverkehr zum Erliegen. Im Februar dieses Jahres hat der Sportverband der DDR in einem Schreiben an den Sportverband Westberlins erneut zum Ausdruck gebracht, daß er jederzeit bereit ist, Gespräche über die Aufnahme sportlicher Beziehungen zu führen. Willi Daume hat dem Westberliner Sportverband diese Gespräche untersagt, weil er die Konzeption der Bonner Scharfmacher, Westberlin gehöre zur Bundesrepublik, durchsetzen will; weil er ähnlich wie die Bonner Regierung bei den Passierscheinverhandlungen für sich das Recht beansprucht, über Fragen des Sportverkehrs mit Westberlin zu entscheiden.

Westdeutsche Sportler erklären mit Recht, daß das Verbot des Sportverkehrs mit der Bildung einer echten gesamtdeutschen Mannschaft zu den Olympischen Spielen nicht zu vereinbaren ist, daß es ein Widersinn ist, auf der einen Seite westdeutsche Spitzensportler zu Ausscheidungskämpfen in die DDR zu schicken und auf der anderen Seite am Verbotsbeschuß von Düsseldorf festzuhalten. Auf einer Tagung von Funktionären vom DSB ließ Karl-Heinz Gieseler, Hauptgeschäftsführer des DSB und einer der eifrigsten Gefolgsleute der Scharfmacher in der Bonner Regierung die Katze aus dem Sack: eine gesamtdeutsche Mannschaft sei das kleinere

Übel, erklärte er. Da es zur Zeit nicht möglich sei, die Sportler der DDR von der Teilnahme von den Olympischen Spielen auszuschalten, sei eine gemeinsame Mannschaft immer noch besser, als eine selbständige Mannschaft der DDR. Man müsse alles tun, um zu verhindern, daß zwei deutsche Staaten in der Weltöffentlichkeit auftreten. Deswegen dränge die DSB-Führung gemeinsam mit der Bundesregierung auch darauf, daß die DDR-Sportler auch in Zukunft keine Einreiseerlaubnis zu Europa- oder Weltmeisterschaften erhalten, die in NATO-Ländern stattfinden.

Mit dieser Unterordnung des Sports in der Bundesrepublik unter die schmutzigen politischen Ziele der Bonner Scharfmacher, mit diesem Mißbrauch des Sports für sportfremde Ziele muß endlich Schluß gemacht werden. Die Haltung, die die DSB-Führung unter Druck der Bonner Scharfmacher einnimmt, kann nur dazu führen, daß der westdeutsche Sport mehr und mehr in die Rolle eines Störenfrieds gerät und sich isoliert. Mit Recht erklären Sportler, daß es notwendig ist, dazu beizutragen, daß der Sport ein Beispiel der Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten wird, daß er hilft, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten im Geiste des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands zu normalisieren. Viele Hunderte Sportler aus der Bundesrepublik, zahlreiche Sportmannschaften waren über Pfingsten beim Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin. Sie haben sich Gewißheit verschafft, daß es nicht nur möglich, sondern notwendig ist, miteinander zu reden, über alle interessierenden Fragen zu sprechen, miteinander Sport zu treiben. Das Deutschland-

treffen hat bewiesen: die Sportler der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik verbindet — bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen, die es in einzelnen Fragen geben mag — der gemeinsame Wunsch den Frieden zu erhalten, einen Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands zu leisten und in sportlichen Wettkämpfen die Kräfte zu messen. Miteinander Sport treiben, sich verständigen und nicht aufeinander schießen, das war eine der großen Forderungen der Sportler auf dem Deutschlandtreffen.

Handballer Porzner, Mitglied der Handballauswahl der Bundesrepublik und SPD-Bundestagsabgeordneter, die Hauptausschußtagung des Niederrheinischen Boxverbandes, der Sportverein Union Essen-Frintrop, der Kreissportverband Duderstadt, haben,

um nur einige Beispiele zu nennen, in letzter Zeit die Aufhebung des Düsseldorfer Beschlusses vom 16. August 1961 gefordert. Wir Kommunisten sollten dazu beitragen, daß mehr und mehr Vereine, Sportler und Sportfunktionäre unüberhörbar die gleiche Forderung erheben und die Aufhebung des sportfeindlichen Beschlusses, die Wiederherstellung des ungehinderten Sportverkehrs durchsetzen. Wir unterstützen jede Initiative, die sich gegen die Bevormundung und Reglementierung, gegen den Mißbrauch des Sports für sportfremde Ziele durch die Bonner Regierung wendet. Es ist unsere Sache, mitzuwirken, daß möglichst viele Sportler erkennen, daß es den Interessen des Sports entspricht, für eine Politik des Friedens und der Verständigung in der Bundesrepublik einzutreten.

Die zweite Bitterfelder Konferenz und der Kampf für eine humanistische Kultur in der Bundesrepublik

von OSKAR NEUMANN

Als vor 5 Jahren die 1. Bitterfelder Konferenz stattfand, hatten es die bürgerlichen Kritiker in der Bundesrepublik noch verhältnismäßig einfach. Der durch das Adenauer-Regime errichtete eiserne Vorhang hatte der westdeutschen Bevölkerung den Einblick in die neue sozialistische Kulturentwicklung der DDR weitgehend verschlossen; Totschweigen und Verkennung beherrschten das Feld. Jetzt, nach der 2. Bitterfelder Konferenz ist die Lage in mehrfacher Hinsicht anders. Künstler der DDR, die den in den Bitterfelder Beratungen vorgezeichneten Weg der Entwicklung einer volksverbundenen sozialistischen Nationalkultur gehen, haben bedeutende Werke geschaffen, die, allen Erschwernissen zum Trotz, auch in der Bundesrepublik wirksam zu werden beginnen. Das Buch und der Film „Nackt unter Wölfen“ erregen eine Jugend, die unter dem Eindruck des Auschwitz-Prozesses nach einer Be-

wältigung der Vergangenheit drängt, die sie in der herrschenden Politik wie in der herrschenden Kultur der Bundesrepublik vermissen muß. Das offensichtliche Scheitern des von Adenauer geplanten „Marsches durchs Brandenburger Tor“ verweist auf die Notwendigkeit, die deutsche Frage neu zu durchdenken. Christa Wolf konnte in Bitterfeld davon berichten, wie sehr sie in ihren Gesprächen mit jungen Arbeitern und Intellektuellen der Bundesrepublik, in Literaturzirkeln und auf dem Ostermarsch die Forderung verspürte, durch den Künstler der DDR und sein Werk gerade darauf neue Antworten zu erhalten. Das aber ist nichts anderes als das Bedürfnis nach einer Literatur, die den Rang der Nationalliteratur erwirbt. Weil die Bitterfelder Beratungen im Zeichen dieser Aufgabenstellung standen und den Weg zu ihrer Lösung wiesen — eben darum sind sie selbst ein nationales Ereignis.

Zwei Staaten — zwei Wege der Kultur

In seiner Rede auf der 2. Bitterfelder Konferenz erläuterte Genosse Walter Ulbricht diese große historische Bedeutung: „Der Bitterfelder Weg, das ist

die Entwicklung der deutschen sozialistischen Nationalkultur über einen längeren Zeitraum... Jede Gesellschaftsordnung gebietet ihre Kunst. In

unserer Epoche der großen gesellschaftlichen und technischen Umwälzung, der Herausbildung neuer wahrhaft menschlicher Beziehungen zwischen den Menschen, sind unsere Künstler und Schriftsteller vor die schöne Aufgabe gestellt, in ihren Werken diesen neuen Lebensinhalt, dieses sozialistische Lebensgefühl zu gestalten. Die Kunst unserer Epoche, die uns ermöglicht, diese Aufgaben zu erfüllen, ist der sozialistische Realismus. Er enthält alle Elemente: den Humanismus, den kritischen Realismus und die neuen moralischen Gesetze unserer sozialistischen Epoche“ (zitiert nach „Neues Deutschland“ 28. 4. 64).

Hierin erweist sich, was die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik für die deutsche Kultur bedeutet: Nachdem die Spaltung Deutschlands nicht zu verhindern war, wurde dort das Zentrum für die Gestaltung des neuen Deutschlands und damit auch für die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur geschaffen. Auf diesem Grund ist der Bogen errichtet, der sich von Weimar zu Bitterfeld, von den unvergänglichen Werken der deutschen Klassik bis zu den Perspektiven des umfassenden Aufbaus des Sozialismus auch im geistigen und kulturellen Raum spannt.

Entsprechend dem völlig anders gearteten staatlichen und gesellschaftlichen Charakter der Bundesrepublik mußte sich hier auch ein völlig anderer Weg der kulturellen Entwicklung ergeben. Fällt diese Trennung mit der Staatsgrenze zusammen? Genosse Walter Ulbricht hat diese Frage entschieden verneint und erklärt: „Die Kultur des Humanismus, die in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Basis hat, wurzelt auch tief in breiten Kreisen der Arbeiterschaft, der Bauern, der Intelligenz in Westdeutschland. Die Kultur des Antihumanismus, das heißt des Imperialismus, des Militarismus und Neonazismus hingegen wird nur von einer Minderheit vertreten, die aber von starken Kräften des Monopolkapitals, des westdeutschen Staates und des Klerikalismus gefördert wird. Es ist kein Zweifel, daß beide Kulturen ständig aufeinander einwirken. Wenn jemand fragt, ob wir gewiß sind, daß die humanistische Kultur sich auch in

Westdeutschland durchsetzen wird, so möchte ich mit einem klaren Ja antworten. Die Voraussetzung für die Fortschritte der humanistischen Kultur in Westdeutschland ist die Überwindung der Rüstungspolitik und der Herrschaft der ultrareaktionären Kreise im Staat und im kulturellen Leben.“

Die umfassende Führung dieses Kampfes erfordert demnach, die Frage zu beantworten: **Was ist die herrschende Kultur in der Bundesrepublik? Wie funktioniert das System, durch das der nur von einer Minderheit vertretene Ungeist des Antihumanismus massenwirksam gemacht und der Humanismus niedergehalten wird?**

Da schreibt ein obskurer Amerikaner namens Hoggan ein von Geschichtsfälschungen strotzendes Buch, dessen Titel aus dem „Völkischen Beobachter“ abgeschrieben ist: „Der erzwungene Krieg.“ Sein Inhalt läßt sich in einem Satz wiedergeben: Hitler war friedlich, maßvoll und am zweiten Weltkrieg unschuldig. Über diesen Gauner und seine Gaunerei aber ergießt sich nun in der Bundesrepublik eine Flut von Geld, Preisen und Ehrungen. Das Buch erscheint nirgendwoanders in der Welt — aber in der Bundesrepublik bereits in fünfter Auflage. In Düsseldorf wird dem Geschichtsfälscher von der „Gesellschaft zur Förderung geschichtswissenschaftlicher Forschung“ ein mit 10 000 Mark ausgestatteter Leopold-von-Ranke-Preis überreicht. In Heidelberg erhält er den von der „Gesellschaft für freie Publizistik“ gestifteten Ulrich-von-Hutten-Preis in Höhe von 5000 D-Mark. In München erwartet ihn ein Ehrengeschenk vom „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“. Der Skandal schlägt Wellen bis in den Bundestag, wo Innenminister Höcherl alles bagatellisiert und erklärt, es handle sich hierbei nicht um einflußreiche Kreise.

Das aber sind die Tatsachen: Dem „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“ unter Führung des SA-Versemmachers Herbert Böhme hat das Münchener Finanzamt nicht nur die Eigenschaft der Gemeinnützigkeit zuerkannt, sondern die besondere Förderungswürdigkeit. Das bedeutet nicht nur Steuerfreiheit, sondern Absetzbar-

keit aller Beiträge und Spenden von der Steuer, also staatliche Subvention. Unter den Spendern befinden sich bundeseigene Unternehmen, wie die Scholven-Chemie und die Hibernia. In ihren Vorständen sitzen die Auschwitzverbrecher der IG Farben, Dürrfeld, Ambros und ter Meer im trauten Verein mit den Staatssekretären Westrick und Krautwig — alles „einflußlose Leute“! Das Mitteilungsblatt der „Gesellschaft für freie Publizistik“ nennt unter ausdrücklichem Geheimvermerk als Mitglieder den CDU-Bundestagsabgeordneten Oberländer, Reichsbankpräsidenten a. D. Dr. Schacht, den Präsidenten des Komitees „Freiheit für Tirol“ von Welsperg, den Stiefbruder Ribbentrops; das Blatt hebt weiter besonders die Mitgliedschaft aktiver Offiziere der Bundeswehr hervor — und es dokumentiert seine solide finanzielle Grundlage durch Anzeigen des Axel-Springer-Konzerns sowie der Verlage Druffel und Vowinkel — alles „einflußlose Leute“!

Wahrscheinlich haben wirklich die meisten kulturell interessierten Menschen in der Bundesrepublik den Namen Vowinkel noch nie gehört. Und doch ist er ein Zentrum der herrschenden Kultur, des herrschenden militaristischen Ungeistes. Dort waren bis Ende 1961 bereits 30 Bände der Reihe „Die Wehrmacht im Kampf“ erschienen. Dort steht im Verlagsprospekt der Buchreihe „Landser am Feind — das Erleben des Krieges“: „Im Blick zurück wird auch der Krieg zum Baustein unseres Lebens.“ Da werden die „neuen menschlichen Werte“ des Krieges angepriesen und „ein Schatz von Kriegserfahrungen für alle Soldaten, die in künftigen Notfällen nicht nur kämpfen, sondern auch überleben wollen“.

Ein Außenseiter? Ganz im Gegenteil. Es ist doch irreführend, wenn die bürgerliche Kritik es so hinstellt, als würden in Westdeutschland Böll und Graß den Literaturmarkt beherrschen. Was überhaupt ins Gebiet der Belletristik gehört, so schreibt Gerhard Weise in der „Rhein-Zeitung“ vom 6. Juli 1963, „gilt, über den Daumen

gepeilt, nur für ein halbes Prozent der Bevölkerung“. Womit aber wird dann das tatsächlich doch vorhandene Lesebedürfnis der Bundesbürger befriedigt, die laut EMNID-Umfrage zu 60 Prozent das Lesen als ihre liebste Freizeitbeschäftigung angeben und die dennoch zu zwei Dritteln noch nicht einmal ein einziges Buch besitzen? Nach vorsichtigen Schätzungen wurde die Bundesrepublik in dem Jahrzehnt zwischen 1950 und 1960 mit drei Milliarden Heften aus Landser-, Wild-West- und Abenteuer-Reihen überschwemmt, die die „Frankfurter Rundschau“ so charakterisiert: „Drei Milliarden mal brutaler Kampf, Haß, Mord und Totschlag, drei Milliarden mal Verführung, kitschigste Liebe, süßes Leben, Laster und zügellose Begierden“.

Aus diesem Markt der herrschenden monopolkapitalistischen Unkultur heraus hat sich auch eine neue, für die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik kennzeichnende Konzentration zu solchen „Kulturkonzernen“, wie Bertelsmann, entwickelt, der über 250 Millionen Jahresumsatz erzielt und den die „Süddeutsche Zeitung“ vom 1. Februar 1964 zu Recht als „Kulturdiktator“ vorstellt. Es begann 1950 mit einem Lesering, inzwischen auf etwa 2,5 Millionen Mitglieder ausgeweitet, für die jährlich 24 Millionen Bände produziert werden. Dann kam 1956 das Schallplattengeschäft dazu, das sich heute auf über eine halbe Million Ringmitglieder stützt. 1960 erfolgte der Vorstoß in die Fernsehproduktion, und zu Anfang dieses Jahres übernahm Bertelsmann die Vermögenswerte der Ufa aus den Tresoren der Deutschen Bank — die alten Filme, die Film- und Fernsehstudios, zwei Musikverlage, kurz, ein Aktienbündel, das über die modernen Massenmedien die Massenbeeinflussung von weiteren Millionen Menschen im Sinne der Finanzoligarchie und ihrer ultrareaktionären Politik garantiert. So wird die herrschende Kultur in der Bundesrepublik gemacht.

Die Arbeiterklasse und die humanistischen Kulturschaffenden

In dieser Geisteswelt der IG-Farben-Bosse, des „Kulturkreises im Bundesverband der deutschen Industrie“

und der vereinigten „Kulturstiftungen“ von Siemens und Ford gilt für die Arbeiterklasse ganz allgemein,

was Melitta Wiedemann in ihrer Untersuchung einer konzernabhängigen Werksbibliothek festgestellt hat: Wie es dort keine der bekannteren sozialistischen Schriften gab, wie dort die Arbeiter vergeblich nach dem suchten, „was man als Arbeiter verstehen kann und wissen muß“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“, Mai 1961), so ist die gesamte herrschende Kultur in ihrer antihumanistischen Grundhaltung, mit ihrem Ungeist des Militarismus und Klerikalismus dem Leben und den Interessen der Arbeiterklasse feindlich und fremd. Um so notwendiger ist es, daß die westdeutsche Arbeiterklasse dieser herrschenden unkultur mit ihrem eigenen geistigen und moralischen Antlitz, mit ihren eigenen kulturellen Forderungen entgegentritt und sich zugleich dadurch als Hüterin aller kulturellen Werte erweist, daß sie das humanistische Kunstschaffen in seiner Gesamtheit fördert und unterstützt.

Mit der „Dortmunder Gruppe 1961“ haben sich schreibende Arbeiter, Ruhrkumpel, zu Wort gemeldet und das Tabu durchbrochen, das die herrschende Klasse in der Bundesrepublik um die künstlerische Gestaltung des Arbeiterlebens, der Ausbeutung und Entmenslichung, des Klassenkampfes zu legen versucht hat. Wie sehr diese demokratische und realistische Kunst in der Bundesrepublik unterdrückte Kunst ist, wie sehr sie überhaupt nur im Kampfe bestehen kann, das hat der bekannteste Autor der Dortmunder Gruppe 1961, Max von der Grün, in harten und bitteren Erfahrungen erlebt. Sie reichen von der verfälschenden Kürzung seines Romans „Irrlicht und Feuer“ bei der „Kölner Neuen Illustrierten“ über die Bestechungsversuche der Konzernleitungen und des Unternehmerverbandes bis zu den erpresserischen Prozessen, die der Westfalia-Konzern mit Schadenersatzforderungen von Hunderttausenden D-Mark gegen den Verleger anstrebte. Sie gipfeln schließlich im Verlust des Arbeitsplatzes auf der Zeche Königsborn und der Unmöglichkeit, einen neuen Arbeitsplatz im Ruhrgebiet zu finden, nachdem der Unternehmerverband Max von der Grün auf die schwarze Liste gesetzt hat.

So steht es also mit der vielgepriesenen „Freiheit des Westens“, sobald einer wagt, die Lüge von der Klassenharmonie zu durchstoßen und in seinem künstlerischen Willen und Gestalten zur Wahrheit der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes vorzudringen!

Nichts könnte deutlicher machen, worauf die herrschenden Kreise der Bundesrepublik es wirklich abgesehen haben, wenn ihre Ideologen „Informationsfreiheit in der DDR“ propagieren und unter der falschen Flagge des „Kampfes gegen den Dogmatismus“ den Stoß gegen die Prinzipien der Parteilichkeit und der Volksverbundenheit der Kunst führen. Diese Ratschläge der Dogmatiker des kalten Krieges und des Antikommunismus zielen darauf ab, eine Bresche für ihre Ideologie der Unfreiheit, des Meinungs- und Gesinnungsterrors, der Volksfeindlichkeit und der Parteinahme zugunsten der Revanchepolitik zu schlagen.

Für die Ultrareaktionäre ist jeglicher Humanismus unerträglich geworden. Wenn einst Goethe die humanistische Botschaft verkündete: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, wenn Herder forderte, unablässig um wahre Humanität bemüht zu sein und zu verhindern, daß die Menschheit zur rohen Tierheit, zur Brutalität zurücksinke, so verkündete der Direktor des Zentralkomitees der westdeutschen Katholiken, Bernhard Hanssler, auf dem Gelsenkirchener Kulturpolitischen Kongreß der CDU/CSU die entschiedene Absage an jeglichen Humanismus, sei er bürgerlich-liberal oder sozialistisch. Er begründete das damit, daß die Humanitätsidee nicht geeignet sei, den Kreuzzug gegen den Kommunismus zu stützen, da „die Menschenrechte auch von kommunistischen Verfassungen berufen und von kommunistischen Funktionären beschworen werden“. Die Schlußfolgerung Hansslers ist ebenso einfach wie kategorisch: Im Namen des Militarismus und Klerikalismus werden der Sozialismus/Kommunismus und jeglicher „weltimmanente Humanismus“ gleichermaßen verketzert. Es war also kein Außenseitterritt, den Strauß unternahm, als er all jenen humanistischen Schriftstellern, die der geist-

losen Macht der CDU/CSU oppositionell gegenüberstehen, den drohenden Rat gab, sie sollten sich gefälligst aus der Bundesrepublik davonmachen.

Um so mehr Grund hat die Arbeiterklasse, diesen Künstlern zu sagen, daß sie in ihnen Freunde und Verbündete sieht, mit denen sie gemeinsam dahin wirken will, daß die Bundesrepublik bewohnbar bleibt, daß sie immer unwohnlicher wird für Militaristen und Kulturfeinde und immer wohnlicher für alle Menschen, die sich von ehrlicher Arbeit ernähren.

Wir schätzen diese Autoren und ihre Werke hoch ein. Ohne Zweifel stehen Schriftsteller wie Böll und Hochhuth, Grass, Walser und Geissler auf antifaschistischen und demokratischen Positionen. Sie haben gegen die fortschreitende Restauration der alten Kräfte der Hochfinanz und des Militarismus, gegen die Nichtbewältigung der Vergangenheit und das erneute Aufkommen des Faschismus als Person und mit ihrem Werk Stellung genommen.

Wieso konnte da Prof. Rendi in dem Tutzingener Akademie-Gespräch „Lite-

ratur und Politik“ dennoch die Frage nach der politischen Literatur in der Bundesrepublik negativ beantworten? Er sieht — und mir scheint zu Recht — die Schwäche darin, daß die erstrebte Darstellung der Wirklichkeit vielfach in uferlose Subjektivität abrutscht. Das rührt offenbar daher, daß diese Autoren häufig nur die Oberfläche, nur äußere Erscheinungen gestalten, weil sie selbst das Wesen der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht wirklich durchschauen. Hinzu kommt, daß sie sich oftmals den Weg zu den Massen und zur Wirksamkeit ihrer Aussage erschweren, weil, wie Prof. Rendi sagt, „ihre artistische Brillanz ihrer erklärten Absicht im Wege ist und sie neutralisiert“. Dar- aus resultiert die Gefahr, daß sie, statt Kritiker dieser Gesellschaft zu sein, zu ihren Hofnarren werden. Steht doch ihre Tendenz zur Verdunkelung, zu verspielter Verschlüsselung gerade dem entgegen, was die Arbeiterklasse und die Werktätigen brauchen und was die herrschenden Kreise zu fürchten haben: Erhellung der gesellschaftlichen Zustände im Dienste ihrer Veränderung durch die Massen.

Die kulturelle Entwicklung der DDR — die schärfste Waffe in unserem Kampf

In ihren Anstrengungen um die Herausbildung ihres eigenen geistigen Gesichtes, um die Herstellung des Bündnisses mit den humanistischen Kulturschaffenden und um die Vertiefung des demokratischen und gesellschaftskritischen Gehalts ihrer Werke hat die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ihren besten Verbündeten in der DDR. Diese sieht ihrerseits all die Künstler und Schriftsteller Westdeutschlands als Freunde und Verbündete an, deren Werke den Geist des kritischen Realismus atmen, antiimperialistische und antimilitaristische Tendenzen sichtbar werden lassen und den Kampf um Frieden, um eine bessere, menschlichere Gesellschaftsordnung gestalten.

Nun glauben auch manche fort- sichtlich denkende Menschen in der Bundesrepublik, dieses Bündnis könne dadurch erleichtert werden, daß man in der DDR nicht mehr an der Methode des realistischen Sozialismus festhielte oder die Grundsätze der Parteilichkeit und der Volksverbun-

denheit aufgäbe. Genosse Walter Ulbricht hat darauf in Bitterfeld geantwortet: „Nur dadurch, daß wir eine eigene feste Position haben, sind wir imstande, uns mit den Anhängern bürgerlicher Kunstrichtungen über nächste Schritte zur Zusammenarbeit für Frieden und Humanismus zu verständigen. Unser Beispiel der Anwendung der Methode des sozialistischen Realismus möge wirken. Wir bemühen uns um eine Verständigung mit ihnen über die nächsten humanistischen Ziele, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Anschauungen auf dem Gebiete der Kunst.“ Von diesem Geist sind die Vorschläge getragen, die Walter Ulbricht in seinem Brief an Bundeskanzler Erhard zur Beseitigung der Atomkriegsdrohung in Deutschland unterbreitet hat. Davon ist sein Angebot in Bitterfeld bestimmt gewesen, zu einem Zeitungsaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu gelangen. Aus demselben Grund hat der Kulturminister der DDR, Hans Bentzien, den westdeut-

schen Kultusministern vorgeschlagen, die unnormale Lage in den kulturellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durch klare Vereinbarungen zwischen den zuständigen staatlichen Organen zu beseitigen. Im Rahmen dieser Verhandlungen könnten solche Maßnahmen getroffen werden, wie der Gastspielaustausch von Theatern mit Stücken humanistischen Inhalts, der Austausch von Kunstschätzen zwischen Museen, der Leistungsvergleich zwischen Kunst- und Musikhochschulen, ein ständiger Erfahrungsaustausch über Bildung

und Kulturarbeit vor allem unter den Arbeitern, Bauern und der Jugend, sowie die Erweiterung des Austauschwertvoller Filme unter Ausschaltung von Zensurstellen. Das alles würde nicht nur der kulturellen Entwicklung zugute kommen, sondern zur Minderung der Spannungen beitragen und im Interesse aller Deutschen helfen, ungeachtet aller politischen und weltanschaulichen Unterschiede die Vernunft und den guten Willen über Antikommunismus und Dummheit, Lüge und Verleumdung triumphieren zu lassen.

Einige Hinweise zur Verbesserung unserer Betriebszeitungen

von HEINZ SCHREIBER

Wir schreiben diese Blätter, weil wir es für notwendig halten. Wir schreiben als Arbeiter für Arbeiter... Die paar Spitzel im Betrieb spitzen ihre Ohren vergeblich. Denn: Es gibt viel mehr von uns im Betrieb, als sie glauben. Und es gibt eine Mauer der Solidarität, an der sich die Achtgroschenjungen die Schädel einrennen. Wir wollen den Arbeitern helfen, und dafür bringen wir Opfer. Eure Interessen sind unsere Interessen. Wir reichen jedem die Bruderhand im Kampf um unsere gemeinsamen Interessen.

So kennzeichnen die Genossen unserer Betriebsgruppe bei Phönix Rhein-Rohr, Werk Düsseldorf, Sinn und Zweck ihrer Betriebszeitung „Der Kanthaken“.

Eine solche Aufgabenstellung entspricht den Forderungen, die Genosse Lenin in seinem Werk „Was tun?“ an die „Fabrikflugblätter“ — die Vorläufer unserer Betriebszeitungen — stellte. Er nannte diese spezielle Massenagitation unter den Belegschaften eine „Kriegserklärung“ an die Fabrikherren, die oft unter dem Druck der veröffentlichten Enthüllungen und der dadurch erweckten Kampfbereitschaft der Arbeiter „den Krieg selbst gar nicht erst abwarten wollten“, sondern die Forderungen ganz oder teilweise erfüllten. Die Betriebszeitungen waren und bleiben, so schrieb Lenin, wichtige Hebel im Kampf der Arbeiter. „Und diese Bedeutung werden sie behalten, solange der Kapitalismus be-

steht...“ (W. I. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. I., Dietz-Verlag 1953, S. 220).

Darum fordert unser Zentralkomitee — bei grundsätzlicher Orientierung der Partei auf breiteste legale Massenarbeit — unsere Betriebsgruppen immer wieder auf, neue Betriebszeitungen herauszubringen und sie regelmäßig erscheinen zu lassen. Denn jedes Exemplar demonstriert der ganzen Belegschaft: Die KPD besitzt trotz fast achtjähriger Illegalität und Verfolgung auch in unserem Betrieb eine Organisation, die mit ihrer Zeitung eine von den Interessen der Belegschaft ausgehende Politik entwickelt. Das gelingt um so besser, je aktiver die Betriebsgruppe ist. Umgekehrt kann aber auch die Herausgabe einer Betriebszeitung eine Betriebsgruppe zur politischen Aktivität erwecken oder gar die Genossen zu einer Betriebsgruppe zusammenschließen, wie das mit der Herausgabe des „Arbeiterknoters“ in einer Landmaschinenfabrik der Fall war.

Mit einer guten Betriebszeitung wachsen die Kräfte und die politischen Wirkungsmöglichkeiten unserer Betriebsgruppen um ein Vielfaches. Und wir erreichen mit unserer Politik viel mehr Kollegen, als es selbst noch so starke und aktive Betriebsgruppen vermögen. So tragen unsere Betriebszeitungen entscheidend dazu bei, unserer Partei Achtung und Vertrauen bei den Kollegen zu verschaffen und den Boden für die Werbung neuer

Mitglieder zu bereiten. Damit unterstützen unsere illegalen Zeitungen auch den Kampf um die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei.

Lenin führte in einem seiner Fabrikflugblätter den Kampf um heißes Teewasser für die Belegschaft einer Fabrik und legte dabei zugleich den Arbeitern ihre Klassenlage dar. Ebenso steht auch vor unseren Betriebszeitungen die Aufgabe, nach dem Beispiel

Betriebszeitungen sollen Klassenwahrheiten aufdecken

Wie keine andere Zeitung können unsere Betriebszeitungen die Klassenwahrheiten aufdecken. Darum sind sie auch den blendend aufgemachten Werkszeitungen der Unternehmer unbedingt überlegen. Diese ihre Stärke können die Zeitungen am besten zur Geltung bringen, die nur für die Belegschaft eines Betriebes erscheinen. „Die primitivste Herstellung einer Zeitung für einen, wenn auch kleinen Betrieb“, so heißt es bereits in der Entscheidung des Essener Parteitages der KPD 1927, „ist stets der Zeitung für mehrere Betriebe vorzuziehen.“

Daß unsere Betriebszeitungen es immer besser verstehen, nicht „große Politik“ und Betriebs- und Sozialprobleme zu trennen, sondern an ihrem „Teewasser“ ihre Politik zu entwickeln, dafür gibt es viele ausgezeichnete Beispiele.

Als die Direktion der Niederrheinischen Hütten-AG in Duisburg-Rheinhausen den Arbeitern jegliche „Privatarbeit“ im Betrieb verbot — ein Kollege hatte den auf der Fahrt zur Arbeit abgebrochenen Mopedauspuff angeschweißt —, stellte unsere Betriebszeitung „Die Drahtmühle“ dazu fest:

„...wenn der Chef der Mechanischen Werkstatt seinen Neubau in Rheinhausen von Werkselektrikern während der Arbeitszeit von oben bis unten installieren läßt, dann ist das ‚natürlich etwas ganz anderes‘... So geht es auch den Kollegen vom Landkran. Wenn der Kran mal für Minuten wegen Störung steht, dann ist gleich die Hölle los. Aber wenn die Herren Chefs und Assistenten Koks brauchen, dann ist jede Menge Zeit vorhanden. Man sieht also immer wieder, wie in unserem an-

Lenins den Kollegen ihres Betriebes an Hand ihrer täglichen Erlebnisse und Erfahrungen das Wesen der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der Bundesrepublik zu enthüllen, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln und zu stärken, reale betriebliche Forderungen aufzustellen, die Belegschaften dafür und für die gewerkschaftlichen Beschlüsse zum Kampf zu mobilisieren und sie in diesem Kampf zu führen.

geblichen ‚Rechtsstaat‘ mit ungleichen Maßen gemessen wird. Das eine kleine und ungerechte Maß ist für uns Arbeiter, während ein anderes, großzügiges Maß bei den Herren Direktoren, den Aktionären und Profitjägern angelegt wird.“

Als nach dem Erscheinen dieser Ausgabe eine Polizeiaktion im Betrieb gegen unsere Zeitung durchgeführt wurde, benutzte „Die Drahtmühle“ diese Aktion, um den Kollegen den arbeiterfeindlichen Charakter der geplanten Bonner Notstandsgesetze zu erläutern und die Belegschaft zum gemeinsamen Widerstand aufzufordern. Auch der „Contiarbeiter“ von den Conti-Werken, der „Funke“ von Rhein Stahl-Hanomag, der „Hammer“ von Henschel und der „Hüttenblitz“ von der Oberpfälzer Hüttenindustrie enthüllten ebenfalls an Verhaftungen im Betrieb, am Einsatz von Bereitschaftspolizei bei Streiks, an Bespitzelungen von Gastarbeitern Sinn und Zweck der Notstandsgesetze und die Notwendigkeit der Abwehr.

Eine krisenhafte Lage herrscht u. a. in der westdeutschen Werftindustrie, im Bergbau und zum Teil in der Stahlindustrie. Unsere Betriebszeitungen in diesen Betrieben stellen deshalb den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, mit dem sie alle Fragen der Politik verbinden, in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Sehr gut polemisierte zum Beispiel das „Werft-Echo“ gegen die Bonner Embargopolitik:

„Tankerbau, den Bonn für die Sowjetunion verbietet, ist unsere Spezialität auf der AG Weser. Die Spezialität Bonns aber sind feindliche Akte gegen die sozialistischen Auftraggeber. Unsere Lage auf der AG Weser und der ganzen Werftindustrie hat also sehr viel mit der

Politik in Bonn zu tun, und die können wir darum den notorischen Arbeiterfeinden nicht allein überlassen.“

„Werft-Echo“ rief die Kollegen auf, mitzuhelfen, daß in Bonn eine Politik der Entspannung und Vernunft durchgesetzt wird. Unter Hinweis auf die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges warnte unsere Betriebszeitung davor, in der Rüstungsproduktion einen Ausweg aus der Krise zu sehen. Ironisch setzte sich unsere Zeitung für die Bremerhavener Werftarbeiter, „Wir blenden auf“, mit der Bonner Empfehlung, Fertighäuser zu bauen, auseinander. Die Werften mit ihren riesigen Kapazitäten und Spezialitäten seien auf Schiffbau und nicht Landbudenbau eingestellt. Als der IG-Metall-Bezirksleiter Ruhnau äußerte, die Vollbeschäftigung auf den skandinavischen Werften sei auf deren moderneren, durchrationalisierten Zustand zurückzuführen, stellte „Wir blenden auf“ sachlich richtig: Entscheidend ist, daß diese Länder keine Embargopolitik betreiben.

Auch unsere Betriebszeitungen in der Stahlindustrie wiesen nach, daß das Röhrenembargo nur den westdeutschen Stahlarbeitern schadet. „Nadelstiche gegen die Sowjetunion, das sind Keulenschläge gegen die Arbeiterschaft in Westdeutschland“, schrieb die „Westfalenwalze“ von der Dort-

munder Westfalenhütte. „An der Adenauerpolitik verlieren wir alle!“ Zur Durchsetzung einer Politik der Vernunft und normaler Handelsbeziehungen zu allen sozialistischen Ländern einschließlich der DDR, bei der alle gewinnen werden, schlug die „Westfalenwalze“ eine Protestkundgebung und die Entsendung einer Arbeiterdelegation nach Bonn vor.

Gut führen die meisten Betriebszeitungen im Bergbau in ihrem Kampf gegen die Zechenstilllegungen das Angebot der DDR ins Feld, drei Millionen Tonnen Steinkohle jährlich abzunehmen. Der „Hackenstiel“ von der Zeche Westfalen in Ahlen kommentierte die Bonner Weigerung:

„Die kalten Krieger in Bonn jedoch denken nur noch in militärisch-strategischen und atomaren Positionen und opfern so Tausende von Bergarbeitern und ihre Familien eben ihrer Kalten-Kriegs-Politik... Wenn die Kohlenbosse und ihre Handlanger... weiter nichts können, als die Schächte absaufen zu lassen und die Kumpel auf die Straße zu setzen, dann ist es an der Zeit, Kollegen, daß wir uns auf unsere alte Forderung „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“ besinnen... Reden, bitten, warten, das ist vergebens, es ist an der Zeit, daß wir handeln!“

Mit den Erfolgen der DDR überzeugen

Wie wir den Charakter der DDR als eine Arbeiter-und-Bauern-Macht für die Kollegen überzeugend darlegen können, das hat unsere Betriebszeitung „Klassenkampf“ von den Fränkischen Schuhfabriken in der Stellungnahme zum Urteil gegen die streikenden Kollegen ausgezeichnet verstanden:

„Man muß das zweimal lesen, was im Urteil steht: 'Diese Selbsthilfe der Belegschaft ist rechtswidrig'. Das heißt doch, Meister und Betriebsleiter dürfen schlagen und treten, und wir müssen ruhig sein... Und wenn wir das Natürlichste von der Welt machen — das heißt, uns wehren —, werden wir dafür bestraft... Wir Kommunisten sagen seit Marx und Engels, der Staat und seine Organe sind immer das Macht- und Gewaltmittel der herrschenden

Klasse. In der Bundesrepublik aber herrschen die großen Monopole, die Großaktionäre. Sie haben vor dem Gericht ‚ihr Recht‘ bekommen... In der DDR haben die Arbeiter und Bauern die Macht, der Staat und seine Organe sind der Staat der Werktätigen. Darum ist in der DDR ein solches Urteil unmöglich. In den Betrieben der DDR sind auch solche Betriebsleiter und Meister unmöglich. Dort schützt das Recht die Arbeiter. Bei uns schützt das ‚Recht‘ die Unternehmer und ihre Profite.“

Im „Bauarbeiter“ griffen die Genossen in Bremen den Unfalltod eines Betonarbeiters auf und untersuchten die Schuldfrage: Um die vorgegebenen Termine zu halten, wurde unter Verletzung aller Sicherheitsvorschriften ohne das notwendige Schutzgerüst die

Arbeit vorangetrieben. „Sicherheit der Menschenleben? Nebensächlich!“ schrieb der „Bauarbeiter“. „So passieren ständig Unfälle, die meist vermeidbar sind... Kollegen, die einmal in der DDR auf einem Bau gewesen sind, können bestätigen, daß dort als oberstes Gesetz gilt: Sicherheit am Bau! Warum? Weil die Arbeiter dort regieren und im Betrieb die Bestimmenden sind. Bei uns ist es an der Zeit, die Mitbestimmung durchzusetzen. Es genügt nicht, sich darauf zu beschränken, in Aufsichtsräten als Minderheit mitzureden. Wir brauchen nicht Mitrederei, sondern Mitbestimmung!“ Im einzelnen schlugen dann die Genossen u. a. einen Sicherheitsbeauftragten für jeden Betrieb und persönliche Kontrolle durch Gewerkschaftsfunktionäre vor. Solche konkreten, realisierbare Vorschläge sind zur Mobilisierung der Kollegen, zur Auslösung von Aktionen sehr wichtig und dürfen daher nie in unseren Betriebszeitungen vergessen werden.

Da unter den Belegschaften der Dortmund-Hörder-Hütten-Uniongroße Unruhe über die eingeleitete Rationalisierung und Automatisierung herrscht — 1400 Kollegen wurden vom Dortmunder zum Hörder Werk verlegt — zogen unsere Betriebszeitungen auf den beiden Werken, „Arbeitereinheit“ und „Schwungrad“, gute Vergleiche zur Automatisierung in der DDR. „Arbeitereinheit“ schrieb:

„Die Konzernherren der DHHU haben nicht den geringsten Skrupel, Tausende von Kollegen von ihren Arbeitsplätzen zu vertreiben, wenn

es um die Sicherung ihrer Profite geht... Wir befinden uns inmitten einer technischen Revolution, und die Automatisierung in der Produktion setzt sich unaufhaltsam durch... Im hochkapitalistischen Amerika setzte die Rationalisierung und Automation Millionen von Arbeitskräften frei! Bei uns werden sich ähnliche Folgen zeigen, und das kapitalistische Wirtschaftssystem ist außerstande, die durch den technischen Fortschritt auftretenden sozialen Probleme zu meistern. Nur in einer sozialistischen Wirtschaft können diese Probleme letztlich gelöst werden, wie es die Beispiele der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Länder zeigen!“

Für diese Feststellung hat nun das 5. Plenum des Zentralkomitees der SED unseren Genossen für ihre Betriebszeitungen eine Fülle von Beweisen und Tatsachen gegeben, die für unseren Kampf von unschätzbarem Wert sind. Diese Trümpfe, die das Beispiel der DDR uns gibt, gilt es auch in unseren Betriebszeitungen noch besser als bisher zu nutzen. Und da der eigene Augenschein der beste Lehrmeister ist, sollten sie ebenfalls ständig für Arbeiterdelegationen in die DDR werben und deren Erlebnisse und Erfahrungen auswerten. Damit leisten unsere Betriebszeitungen einen wichtigen Beitrag zur Führung des offenen deutschen Gesprächs unter den Arbeitern, zur Entwicklung von Gedanken und gemeinsamen Vorstellungen für die Lösung der deutschen Frage im Interesse der Arbeiterklasse.

Beste Vertreter der gewerkschaftlichen Belange sein

Das wichtigste Kriterium für unsere Betriebszeitungen ist, wie sie zur Herstellung und Entwicklung der Aktions-einheit — insbesondere zu einem engen kameradschaftlichen Vertrauensverhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und ihren Parteigruppen im Betrieb — beitragen; wie sie ihre Aufgabe als beste Vorkämpfer für die gewerkschaftlichen Beschlüsse erfüllen. Bei allgemeinen Bekenntnissen zur Aktionseinheit und zur Gewerkschaft gab es früher häufig in unseren Betriebszeitungen in der betrieblichen Praxis ein sektiererisches, vom Mißtrauen geprägtes Verhalten

gegenüber den SPD-Genossen, und fühlten sie sich als Organe der Opposition in den Gewerkschaften. Der „Contiarbeiter“ zum Beispiel brachte in mehreren aufeinanderfolgenden Ausgaben karikierende „Interviews“ über die SPD-Betriebsratskollegen und der „Metallarbeiter“ vom Klöckner-Mannstaedt-Werk in Troisdorf forderte die Rückgängigmachung der Entschließung des 7. Gewerkschaftstages der IG Metall zur Notstandsgesetzgebung, weil sie den Genossen unzureichend erschien. Mit der Diskussion über unsere Programmatische Erklärung und über das Grundsatz-

programm des DGB und durch den Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg trat ein Wandel ein. Davon zeugt unter anderem der Kampf, den fast alle Betriebszeitungen, wie zum Beispiel die Hamburger Werft-Zeitung „Blick vom Helgen der DW“ und „Echo der Werften“, der Hamburger „Hobnarbeiter“, „Der Aniliner“ von den Badischen Anilin- und Sodafabriken und der „Rotfabriker“ von den Farbwerken Hoechst um die gewerkschaftliche Einheitsliste zu den Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1963 führten. Davon zeugen weiter die Artikel in unseren Betriebszeitungen vor, während und nach dem Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg. Davon zeugt nicht zuletzt die auch in vielen Betriebszeitungen geführte Diskussion über das DGB-Grundsatzprogramm, die durchweg unter dem Motto stand: Verbessern, nicht verwässern.

Unter der Überschrift „De Stauhoken“ schlägt „Din Maker“ (Hafenarbeiterzeitung der SPD vor), griffen unsere Genossen vom Bremer Hafen die Forderung nach Bezahlung der Vermittlungszeit, die diese SPD-Betriebszeitung bereits zur Betriebsratswahl im Februar 1962 aufgestellt hatte, wieder auf, und machten Vorschläge, wie diese Forderung nun endlich gemeinsam verwirklicht werden kann. Unsere Betriebszeitungen von den beiden DHU-Werken in Dortmund und Hörde übernahmen die Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms zur Automation und unterbreiteten Vorschläge, wie diese von den Belegschaften durchgesetzt werden können. Das ist der richtige Weg zur Herstellung der Aktionseinheit und zu Erfolgen für die Arbeiterklasse.

Wie sehr die Konzernherren unsere Betriebszeitungen als „Kriegserklärungen“ fürchten, davon zeugen nicht nur viele „Warnmeldungen“ des Deutschen Industrie-Instituts und zahlreiche Aktionen der politischen Polizei und des Verfassungsschutzes, sondern auch die Abstellung angeprangerter Mißstände. So wurde beispielsweise bei der Wittmann AG in Hagen entsprechend einer Forderung unseres „Stahlformers“ eine tägliche ärztliche Sprechstunde im Betrieb eingeführt. Auf der Zeche Emil Mayrich im Wurmrevier warnen Steiger, wenn

einer von ihnen durch Antreiberei sich bei der Zechenleitung in ein günstiges Licht rücken will: „Sei vorsichtig, sonst stehst Du im nächsten ‚Blitzer‘!“ Das ist unsere Betriebszeitung auf dieser Zeche. Und offen erklärte der Großaktionär des Henschelwerkes, Fritz-Aurel Goergen, seinerzeit, daß der Streik der Henschel-Belegschaft gegen den geplanten Lohnabbau vor allem das Werk des „Hammers“, unserer Betriebszeitung, sei. Ein solches Urteil ist das beste Lob für die Genossen vom „Hammer“. Es sollte alle Betriebsgruppen anspornen, ebenfalls so wirkungsvolle Zeitungen herauszugeben und sich solches Lob zu erwerben.

Mit den Betriebszeitungen besitzen Betriebsgruppen und Leitungen ein Sprachrohr, mit dem sie jeweils große Teile der Belegschaft erreichen, sie für unsere Politik und unsere Partei gewinnen können. Wie keine anderen Zeitungen können unsere Betriebszeitungen zur Klassenerziehung ihrer Kollegen, zur Herstellung und Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und zu festen, brüderlichen Beziehungen zur herrschenden Arbeiterklasse in der DDR und ihren Organisationen beitragen.

Unsere Betriebszeitungen sind — entsprechend der Leninschen Forderung an eine kommunistische Zeitung — nicht nur kollektive Agitatoren und Propagandisten, sondern auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Beschlüsse und der Forderungen der Belegschaft auch kollektive Organisatoren von Aktionen der Arbeiter.

Sicher ist die Herausgabe einer Betriebszeitung keineswegs immer leicht. Das über Jahre hinaus regelmäßige Erscheinen solcher Betriebszeitungen wie „Der Hammer“, Henschel, „Der Aniliner“, BASF, „Der Hackenstiel“, Zeche Westfalen, „De Stauhoken“, Bremer Hafen, „Die Wahrheit“, Phoenix-Gummiwerke Harburg, „Luchsauge“, Zeche Osterfeld, „Der Contiarbeiter“, Conti-Werke, „Die Wespe“, Völklinger Hütte und andere beweist, daß bei strenger Einhaltung der konspirativen Regeln weder unsere Zeitung noch die Genossen im Betrieb gefährdet werden. Im Gegenteil. Unsere Betriebszeitungen erwiesen sich als sehr wichtige Hilfen für eine erfolg-

reiche Arbeit unserer Genossen im Betrieb.

Es kommt also darauf an, daß alle Leitungen und Betriebsgruppen die großen Möglichkeiten voll ausnutzen, die ihnen mit unseren Betriebszeitungen gegeben sind. Richtig handeln die Leitungen, die sich das Ziel stellen,

daß in allen entscheidenden Großbetrieben und Versorgungseinrichtungen ihres Bereiches Zeitungen erscheinen, und die den Betriebsgruppen alle erforderliche Hilfe bei der regelmäßigen Herausgabe einer massenwirksamen Betriebszeitung geben.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Für die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes

ÜBER DEN 17. PARTEITAG DER KPF

Als die viertägigen Beratungen des 17. Parteitages der Kommunistischen Partei Frankreichs mit dem gemeinsamen Gesang der „Marseillaise“ und der „Internationale“ endete, hatte eine neue Etappe im Kampf der französischen Kommunisten begonnen. Von dem Rechenschaftsbericht Waldeck Rochets, über das Auftreten der Delegierten von Paris und vielen Departements bis zum Schlußwort von Maurice Thorez war dieser Parteitag ein großartiges Ereignis, das die Hingabe der französischen Kommunisten an die Sache des Friedens und des Fortschritts der Nation und ihre Treue zum proletarischen Internationalismus manifestierte.

Mit der Losung des Parteitages „Einheit des Kampfes der Arbeiter und Demokraten, für ein Programm

des Fortschritts, der Demokratie und des Friedens“ wurde die Grundrichtung des derzeitigen und künftigen Kampfes der Kommunistischen Partei Frankreichs umrissen. In der Zusammensetzung der Delegierten verkörperte sich der große Masseneinfluß der 420 000 Mitglieder zählenden französischen Bruderpartei. Von den 776 Delegierten waren 168 Frauen. 433 Delegierte waren Arbeiter, 54 Bauern, 66 Intellektuelle. 65 Prozent aller Delegierten hatten Funktionen in Massenorganisationen, davon allein 157 in den Gewerkschaften. 378 Genossen waren von Betriebs- 66 von Land- und 322 von Wohngebietszellen delegiert. Das Durchschnittsalter der Delegierten lag bei 34 Jahren, 125 von ihnen waren unter 25 Jahre.

I.

Die Entwicklung in der Zeit seit dem 16. Parteitag im Jahre 1961 wurde durch das Erstarken der Kräfte des Friedens und der Demokratie und durch die zunehmende Massenbewegung für die Beendigung der persönlichen Macht de Gaulles gekennzeichnet. Ausgehend von einer tiefgründigen marxistisch-leninistischen Einschätzung der Klassenkräfte sowie der Entwicklungsprozesse in der Welt und in Frankreich wurde im Rechen-

schaftsbericht Waldeck Rochets, in der Entschließung und im Schlußwort von Maurice Thorez die Generallinie der Politik der Kommunistischen Partei Frankreichs entwickelt. Unsere französische Bruderpartei sieht ihre vorrangige Aufgabe in der Einigung aller Volkskräfte gegen die persönliche Macht de Gaulles, gegen die Herrschaft der Monopole, für eine wahre Demokratie, für eine französische Politik des Fortschritts und Friedens.

Die entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Entfaltung des Kampfes der Arbeiterklasse und ihre Einheit.

Auf dem Parteitag haben zahlreiche Diskussionsredner an überzeugenden Beispielen das Neue deutlich gemacht, das sich im Verhältnis von Kommunisten und Sozialisten bereits entwickelt hat und im täglichen Kampf für politische, soziale und kommunale Forderungen weiterentwickelt. Indem sie das Einigende in den Vordergrund stellten, niemals auf eine prinzipielle Auseinandersetzung mit Auffassungen einiger Führer der Sozialistischen Partei verzichteten und stets den Kampf gegen das Sektierertum in den eigenen Reihen führten, konnten viele Parteiorganisationen bedeutende Erfolge bei der Herstellung der Aktions-einheit erringen. Waren die Diskussionsbeiträge eine anschauliche Lektion, wie die Partei um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die Union aller Volkskräfte bemüht ist, so wurde das Schlußwort Maurice Thorez zu einem eindringlichen und unüberhörbaren Einheitsappell an Kommunisten und Sozialisten, an die Arbeiter-

klasse, an alle friedliebenden, demokratischen Kräfte Frankreichs.

Der Kampf der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte für eine friedliche und demokratische Zukunft Frankreichs macht nunmehr ein gemeinsames Programm von Kommunisten und Sozialisten und allen Gegnern der persönlichen Macht de Gaulles erforderlich. Unter dem Beifall des ganzen Parteitages hat Waldeck Rochet allen demokratischen Kräften den Vorschlag zu einem Vertrag für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms unterbreitet. Es gehört zu den großen Verdiensten des 17. Parteitages, die Grundzüge eines solchen gemeinsamen Programms entworfen und damit zugleich dem französischen Volk, insbesondere der Arbeiterklasse, die Perspektive einer friedlichen, demokratischen Zukunft gewiesen zu haben. Wieder einmal hat sich die Kommunistische Partei Frankreichs auf diesem ihrem Parteitag als die Avantgarde der französischen Arbeiterklasse und der ganzen französischen Nation bestätigt.

II.

Der Parteitag zeigte die beispielhafte Fähigkeit der KPF, die unerschütterliche marxistisch-leninistische Prinzipienfestigkeit mit einer großen Beweglichkeit bei der Ausarbeitung der Politik und Taktik zur Mobilisierung der Massen und zur Einigung aller antigaulistischen Volkskräfte zu verbinden. In dem Referat von Georges Marchais zur Begründung des neuen Parteistatuts und in der Diskussion wurde uns die politisch-ideologische Stärke der Partei, die enge Verbundenheit ihrer Betriebs-, Wohn- und Landgruppen mit den Massen, ihr ständiges Bemühen um die Einbeziehung der Jugend und der Frauen in die Kämpfe der Arbeiterklasse und die systematische Gewinnung junger Arbeiter, Bauern und Studenten für die Partei demonstriert. Das höchste Forum der Partei wurde zu einer Kundgebung der Geschlossenheit, des großen Vertrauens zur Führung, zu dem vom neuen Zentralkomitee gewählten Vorsitzenden der Partei, Genossen Maurice Thorez, und zum Generalsekretär, Genossen Waldeck Rochet.

Die Treue der Kommunistischen Partei Frankreichs zum proletarischen Internationalismus, ihre feste Verbundenheit mit der KPdSU, die durch die Genossen Suslow, Scheljest und Ponomarew repräsentiert wurde, mit den illegalen Parteien, wie der Kommunistischen Partei Spaniens, mit den mehr als 50 auf dem Parteitag vertretenen und allen anderen Bruderparteien wurde zu einem unvergeßlichen Erlebnis. Die Einmütigkeit, mit der der Parteitag im Interesse der Einheit der kommunistischen Weltbewegung die antimarxistisch-antileninistische Linie der chinesischen Führer und ihre spalterische Tätigkeit verurteilte und mit der er sich für die Einberufung einer neuen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien aussprach, war getragen von der Überzeugung, daß die Kräfte des Sozialismus und Kommunismus, die kommunistische Weltbewegung weiterhin erstarken werden.

In der Begeisterung, mit der der Parteitag das von Walter Ulbricht unterzeichnete Grußtelegramm auf-

nahm und in der nachdrücklichen Forderung auf Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, zeigte sich das freundschaftliche Verhältnis der französischen Kommunisten zum ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat. Wir sind der französischen Bruderpartei sehr dankbar für die solidarischen Gefühle und die Hilfe, die sie unserem Kampf gegen die aggressiven Kräfte des deutschen Militarismus und Imperialismus und für die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei entgegenbringt und erweist. Wir sehen in dem Beifall, den der Parteitag dem Auftreten und

der Begrüßungsrede des Genossen Max Schäfer gab, einen großartigen Ausdruck solidarischer Verbundenheit und Brüderlichkeit. Wir sehen darin aber auch zugleich eine Verpflichtung. Und diese Verpflichtung heißt: Wir werden uns bemühen, aus den vielseitigen Kampferfahrungen unserer französischen Bruderpartei viel zu lernen. Wir werden entsprechend den Beschlüssen unseres Parteitages keine Anstrengungen scheuen, um zu verhindern, daß von westdeutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht.

Axel Schmidt

Für die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus

Nach dem Februar-Plenum des ZK der KPdSU haben die Bruderparteien ihre Übereinstimmung mit der im Bericht des Gen. M. A. Suslow dargelegten Haltung der KPdSU bekräftigt, die antileninistische Politik und die Spaltertätigkeit der Führer der KP Chinas entschieden verurteilt und sich für die Einberufung einer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien ausgesprochen. Nachstehend informiert „Wissen und Tat“ über die Stellungnahmen der Bruderparteien.

DDR: In einer Stellungnahme des ZK der SED gegen die Spaltungspolitik der chinesischen Führer heißt es:

„... Sie sind zum offenen Angriff auf die Einheit der kommunistischen Weltbewegung übergegangen. Sie organisieren parteifeindliche Fraktionen in den Bruderparteien. Sie rühren laut die Werbetrommel, um prinzipienlose, korrupte und karrieristische Figuren, trotzkistische, anarchistische und sektiererische Elemente unter dem schmutzigen Fahmentuch des Fraktionskampfes zusammenzuroten. Sie tragen die Spaltung und den schändlichen Fraktionskampf sogar in die internationalen demokratischen Organisationen und Bewegungen, so in die afroasiatische Solidaritätsbewegung hinein...“

Ihre Ideologie und Politik ist ein Gemisch von Prinzipienlosigkeit, kleinbürgerlichem Nationalismus,

Abenteurertum, Großmachtchauvinismus und Rassismus. Diese Politik ist zur Hauptgefahr für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung geworden... Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die als Verkörperung der Einheit der deutschen Sozialisten auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus entstanden ist, trat und tritt immer für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung ein.

Die Grundlage dieser Einheit sind die Lehren von Marx, Engels und Lenin und die auf ihnen beruhenden Beschlüsse der kommunistischen und Arbeiterparteien. Um dieser Einheit und ihrer Festigung willen ist es erforderlich, die falschen antimarxistischen Auffassungen der Führer der KP Chinas restlos zu entlarven und zu zerschlagen. Unsere Lösung heißt: Durch Klarheit zur Festigung der Einheit...

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist der Auffassung, daß eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien notwendig geworden ist...“

CSSR: „Das Zentralkomitee unserer Partei“, erklärte der 1. Sekretär des ZK der KPTsch, Gen. Antonin Novotny, „ist voll und ganz mit der vom ZK der KPdSU gegebenen Analyse einverstanden. Darin wird wahrheits-

getreu und objektiv die schädliche und abenteuerliche Linie der chinesischen Genossen eingeschätzt, die sie der kommunistischen Weltbewegung an Stelle der in den Dokumenten der internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 gebilligten Leninischen Plattform aufdrängen wollen. Wir sind völlig einverstanden mit der Kritik des Zentralkomitees der KPdSU an den grundfalschen Ansichten und fraktionellen Umtrieben der chinesischen Führer in der kommunistischen Bewegung. Wir unterstützen die Bemühungen der KPdSU um die Festigung der internationalen Einheit aller marxistisch-leninistischen Parteien und um die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPCh und der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir erklären, daß sich diese Position der KPdSU völlig mit der Position unserer Partei deckt, und wir halten sie für die einzig richtige Linie, die den Prinzipien der Leninischen Taktik und Strategie, den Interessen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus entspricht.“

Polen: Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hat die Spaltertätigkeit der chinesischen Führer verurteilt und ihre volle Solidarität mit dem Standpunkt der KPdSU zum Ausdruck gebracht. In einem redaktionellen Artikel des Zentralorgans der PVAP „Tribuna Ludu“ heißt es unter anderem: „Dieser Solidarität geben wir im gegenwärtigen bedeutsamen Moment mit verstärkter Kraft Ausdruck. Wir teilen voll die Meinung, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt die wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung und des sozialistischen Lagers ist, es nicht zu einem Atomkrieg kommen zu lassen; daß angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses die Möglichkeit besteht, einem Weltkrieg noch vor dem endgültigen Sieg des Sozialismus vorzubeugen; daß der leninistische Grundsatz der friedlichen Koexistenz die Grundlage für die Außenpolitik der sozialistischen Staaten gegenüber den kapitalistischen Staaten ist und sein soll. Wir sehen die Entwicklungsperspektive, die die KPdSU in ihrem

vom XXII. Parteitag beschlossenen Programm angenommen hat, als richtig an...“

Ungarn: „Das Auftreten der chinesischen Führer wird immer mehr dadurch bestimmt, daß sie keine prinzipielle Diskussion über hochwichtige ideologische Fragen führen, sondern einen politischen Kampf gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion und andere Bruderparteien eingeleitet haben.“ In einem Beschluß, der auf einer Tagung des erweiterten ZK der USAP angenommen wurde, verurteilt das ZK „die sektiererischen, dogmatischen Ansichten und die Spaltertätigkeit der chinesischen Führer.“

Bulgarien: „Das Plenum des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei ist der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Etappe der Dogmatismus und das Sektierertum der chinesischen Führer die Hauptgefahr für die internationale kommunistische Bewegung ist.“ Das wird in einem Beschluß des ZK der BKP vom 21. März dieses Jahres festgestellt. „Die Bulgarische Kommunistische Partei betrachtete immer und betrachtet auch jetzt die KPdSU als die mächtigste und bewährteste Abteilung der kommunistischen Weltfront, die über die größten revolutionären Erfahrungen verfügt und die allgemein anerkannte Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung ist.“ Das ZK der BKP unterstützt in seinem Beschluß den Vorschlag der KPdSU zur Einberufung einer internationalen Konferenz aller kommunistischen und Arbeiterparteien für den Herbst dieses Jahres. **Frankreich:** In einer Erklärung stellt das Politbüro des ZK der KPF fest, daß der Bericht des Gen. Suslow „eine feste und begründete Antwort auf die dogmatischen Auffassungen und die Spaltertätigkeit der Führer der KP Chinas“ darstellt. Weiter heißt es, „daß die Führer der KP Chinas immer mehr von den Prinzipien abgehen, die von allen Bruderparteien auf den Beratungen von 1957 und 1960 erarbeitet worden sind.“ Die KPF und die KPdSU „stimmen in den theoretischen und politischen Grundfragen der internationalen kommunistischen Bewegung völlig überein“. Das Politbüro unterstützt

den Vorschlag der KPdSU, „in der nächsten Zukunft eine neue Weltberatung aller kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen“.

Italien: Vor dem ZK verurteilte der Generalsekretär der KPI die falschen ideologischen und politischen Positionen der chinesischen Führer. Gen. Togliatti kritisierte die Methoden der chinesischen Führung, besonders die verleumderischen Angriffe gegen die KPdSU und den Gen. N. S. Chruschtschow. Diese Angriffe seien lediglich eine Unterstützung für die Propaganda des Imperialismus. Der Generalsekretär der KPI wies darauf hin, daß die chinesischen Führer die internationalen Massenorganisationen „als Tribüne für ihre Angriffe gegen die kommunistische Bewegung“ benutzen. „Dieses Verhalten muß verurteilt werden, und es muß damit Schluß gemacht werden.“ Gen. Togliatti betonte, eine Weltkonferenz der Bruderparteien müßte dazu dienen, „die Auseinandersetzung zu überwinden und die Einheit und Geschlossenheit unserer Bewegung zu festigen“.

Spanien: Die Spaltertätigkeit der chinesischen Führer füge der spanischen KP in ihrem Bestreben, die fortschrittlichen Kräfte des Landes im Kampf gegen das Franco-Regime zu einigen, erheblichen Schaden zu, heißt es in einem Artikel des Generalsekretärs der KP Spaniens, Carrillo, in der „Prawda“.

Die KP sei sich des Ausmaßes der Leiden bewußt, die ein neuer Bürgerkrieg dem Volke bringen würde. Sie verfolge den friedlichen Weg zur Beseitigung des Franco-Regimes. Die Thesen der chinesischen Führer dienten jedoch dem faschistischen Rundfunk und Fernsehen, die Reihen der spanischen KP zu spalten. Es sei jetzt Zeit für die internationale kommunistische Bewegung, solchen Handlungen eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

Chile: „Die Kommunistische Partei Chiles steht fest auf dem Standpunkt der kommunistischen Weltbewegung“, heißt es in einem Leitartikel der Zeitung „El Siglo“, Zentralorgan der KP Chiles. Das Blatt kritisiert die Führer der KP Chinas, die die „kommunisti-

sche Linie verleugnen und gegen die Einheit der Bruderparteien auftreten. Die Führer der KP Chinas geraten auf die Positionen der westdeutschen Militaristen und der übrigen Anhänger eines Krieges, da sie sich gegen den Friedenskampf wenden, die Ideen der allgemeinen Abrüstung in Mißkredit bringen und den Krieg als einziges Mittel des Übergangs zum Sozialismus propagieren“, betont „El Siglo“.

Argentinien: Die KP Argentinens „unterstützte und unterstützt die vom Zentralkomitee der KPdSU unter Führung von Chruschtschow verfolgte Politik“, heißt es in der Erklärung des ZK der KP Argentinens. Nikita Chruschtschow „verteidigt schöpferisch den Marxismus-Leninismus und hat es gleichzeitig verstanden, Ruhe und Geduld zu bewahren, um eine Spaltung in der internationalen kommunistischen Bewegung zu vermeiden“.

Das ZK der KP Argentinens ist der Auffassung, daß es im Interesse der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung jetzt wie nie zuvor darauf ankommt, für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus zu kämpfen.

Peru: Die KP Perus verurteilt entschieden die international betriebene Spaltertätigkeit der chinesischen Führer. Diese Tätigkeit verletze die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und untergrabe die Einheit der kommunistischen Weltbewegung, heißt es in einer Erklärung der KP Perus. Wie das Organ der Partei, „Unidad“, bemerkt, unterstützen Presse und Rundfunk Chinas offen die peruanischen Renegaten. Die KP Perus stellt fest, daß sich ihr Standpunkt völlig mit dem der internationalen kommunistischen Bewegung deckt.

Indien: Für eine neue Beratung aller kommunistischen und Arbeiterparteien setzt sich auch das Zentralorgan der KP Indiens, „New Age“, in einem Leitartikel ein. „Die Tätigkeit der Spalter“, stellt „New Age“ fest, „hilft nur den Imperialisten und den schlimmsten reaktionären Kräften sowie den Feinden der Werktätigen aller Kontinente. Eine Konferenz der

kommunistischen Parteien der Welt müßte schon in nächster Zeit abgehalten werden, um die Spalter in ihre Schranken zu weisen und die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu stärken, die die mächtigste Waffe in den Händen jedes Kommunisten ist.“

Ceylon: Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Ceylons, Pieter Keunemann, nahm in seinem Bericht zum Entwurf der Politischen Resolution auf dem VII. Parteitag zur internationalen Situation und zu Fra-

gen der kommunistischen Weltbewegung Stellung. Er verurteilte dabei die unmarxistischen Auffassungen der chinesischen Führer über eine neue „Generallinie“. Angesichts der Spaltungsversuche Peking's setze sich die KP Ceylons für den Schutz der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und die Verwirklichung der 1957 und 1960 ausgearbeiteten Generallinie ein, die voll und ganz auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beruhe.

* * *

Weitere Stellungnahmen, in denen der Standpunkt der KPdSU unterstützt und die kleinbürgerlich-nationalistische, neotrotzkistische Politik und die Spaltertätigkeit der chinesischen Führer verurteilt werden, wur-

den von den Bruderparteien in der Schweiz, in Österreich, Großbritannien, Dänemark, Finnland, Kanada, Honduras, Haiti, Salvador, Ekuador, Iran, Zypern, Syrien, Luxemburg, Portugal u. a. veröffentlicht.

leser fragen - wir antworten

Über einige Ursachen der Haltung der Führer der KPCh

Genossen stellten „Wissen und Tat“ die Frage: „**Worin liegen die Ursachen für die Haltung der Führer der KPCh?**“

I.

Eine der entscheidenden Ursachen ist die kleinbürgerliche Ideologie der Führer der KPCh, die verbunden ist mit der Verkennung der historischen Rolle der Arbeiterklasse. So leugnen die Führer der KPCh z. B., daß die Arbeiterklasse und besonders die siegreiche Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern im Mittelpunkt unserer Epoche steht, deren Hauptinhalt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, daß sie die Hauptkraft unserer Epoche ist. Die chinesischen Führer sehen die Hauptkraft unserer Epoche in den nationalen Befreiungsbewegungen und bezeichnen die weiten Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als „die wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution“. Damit geben sie das Wesen des Marxismus-Leninismus preis, das, was Lenin das „Wichtigste im Marxismus“ genannt hat, nämlich „die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle der

Arbeiterklasse als der Schöpferin der neuen sozialistischen Gesellschaft“. (Lenin) Sie begeben sich auf eine kleinbürgerliche, trotzkistische und nationalistische Position.

Das Abgehen der Führer der KP Chinas vom Marxismus-Leninismus, ihr offener Angriff auf die 1956 und 1960 gemeinsam beschlossene Generallinie der kommunistischen Weltbewegung erklärt sich auch daraus, daß die Führer der KP Chinas dem proletarischen Charakter der Partei seit vielen Jahren keine Aufmerksamkeit schenken. Dies widerspiegelt sich in der Zusammensetzung der KPCh. Im Jahre 1956 kamen 69,1 Prozent der Mitglieder aus der Bauernschaft, 16,9 Prozent aus der Intelligenz und den übrigen Schichten und nur 14 Prozent aus der Arbeiterklasse. In der Parteiführung befindet sich kein Arbeiter. Dies hätte die Führer der KPCh veranlassen müssen, besonders auf die

führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Ideologie zu achten. Bis heute gibt es jedoch keine Anzeichen, daß die chinesische Parteiführung das Gewicht der Parteimitglieder aus der Arbeiterklasse erhöhen will. Der kleinbürgerliche Charakter der chinesischen Führung widerspiegelt sich in ihrer Innenpolitik und Ideologie, die vom Genossen Suslow als „kleinbürgerlicher Sozialismus“ bezeichnet wird. So orientierte die Führung der KPCh auf die vorrangige Entwicklung der Agrarproduktion und nicht auf

den Aufbau des wichtigsten Teils der Volkswirtschaft, der Industrie. Sie verneint das Prinzip der materiellen Interessiertheit und erhebt die kleinbürgerliche Gleichmacherei zum obersten Grundsatz. Hinter diesem Standpunkt „verbirgt sich jedoch nur eine tiefe Mißachtung der Lebensbedürfnisse des Menschen, der Prinzipien und Ideale der sozialistischen Gesellschaft“, erklärte Genosse Suslow auf dem Plenum der KPdSU am 14. Februar 1964.

II.

Die chinesischen Führer versuchten, die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus, die infolge der ökonomischen Rückständigkeit Chinas sehr groß waren, durch eine Politik des „großen Sprungs“ zu überwinden und meinten, damit einen kürzeren Weg zum Kommunismus gehen zu können als die Sowjetunion. Damit wollen sie u. a. auch ihren Anspruch untermauern, die kommunistische Weltbewegung ihrer Führung zu unterwerfen. Sie glauben, sich über die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und ganze Entwicklungsetappen einfach hinwegsetzen zu können. Diese unmarxistische, idealistische Auffassung verführte sie zu dem Irrglauben, Aufgaben in ein paar Jahren lösen zu können, für die man drei Fünf-Jahres-Pläne und mehr hätte vorsehen müssen. So wurde „beschlossen“, in 5 Jahren die Bruttoproduktion der Industrie bei einem Wachstumstempo von 45 Prozent im Jahresdurchschnitt um das 6,5fache zu erhöhen! Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft sollte im gleichen Zeitraum bei einem

Wachstumstempo von 20 Prozent im Jahresdurchschnitt um das 2,5fache steigen. Diese irrealen Beschlüsse führten folgerichtig zu ernsthaften Störungen der gesamten Volkswirtschaft, zur krassen Verlangsamung des Tempos der Industrie und wirkten sich nachteilig auf die soziale Lage des chinesischen Volkes aus.

Da mit dieser, zu ernsthaften ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten führenden Politik, der ökonomische Wettbewerb nicht zu gewinnen ist, kapitulierten die Führer der KPCh praktisch vor der schwierigen Aufgabe, eine höhere Arbeitsproduktivität als der Kapitalismus zu schaffen. Ihre Mißerfolge versuchten sie zu bemänteln, indem sie sich auf die trotzkistische Position des „Anheizens“ der Revolution in anderen Ländern mit militärischen Mitteln begaben. Im gleichen Zeitraum begannen sie auch die Rolle und Bedeutung der Politik der friedlichen Koexistenz und des ökonomischen Wettbewerbs zwischen den beiden Systemen herabzusetzen.

III.

Die Geistesverwandtschaft mit kleinbürgerlich-trotzkistischen Gedankengängen wird auch sichtbar in der Ansicht der chinesischen Führer, daß der bewaffnete Aufstand der einzige Weg der sozialistischen Umwälzung sei, sowie in der Forderung nach sofortiger Durchführung der proletarischen Revolution in jedem Lande, unabhängig von den konkreten Bedingungen. Genosse Suslow erinnert

an Lenins Darlegung über den Ursprung und den Charakter dieses kleinbürgerlichen „Revolutionarismus“: „Ihren Ursprung sah Lenin in der besonderen Lage des Kleinrentners, des Kleinbesitzers, der leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen, und dazu neigt, von einem Extrem ins

andere zu fallen“. Der kleinbürgerliche Revolutionarismus der chinesischen Führer, ihre trotzkistischen Auffassungen sind eine der entscheidenden Ursachen für ihr Abenteuerium in der Außenpolitik, für ihre maßlose Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion, die KPdSU und den Genossen Chruschtschow, für ihre Taktik des „Vorantreibens“ der Revolution, für die Geringschätzung der Politik der friedlichen Koexistenz und des Wettbewerbs zwischen beiden Systemen, für ihre praktische Spaltungs- und Fraktionsarbeit. Aber damit fügen die chinesischen Führer dem Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien, dem Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen den Imperialismus nur Schanden zu.

Der Grundzug der proletarischen Ideologie ist ihr Internationalismus. Es kann darum nicht verwundern, daß sich auf der Grundlage der Unterschätzung der Rolle der Arbeiterklasse bei den chinesischen Führern ein so kennzeichnender Zug der kleinbürgerlichen Ideologie, wie der Nationalismus entwickelte. Durch den jahrhundertelangen, opferreichen Kampf des chinesischen Volkes gegen ausländische Unterdrücker entwickelte sich ein echter, berechtigter Nationalstolz. Aber angesichts der Tatsache, daß die kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten überwogen und angesichts der Gefahr, daß der gesunde Patriotismus in kleinbürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus ausarten kann, wäre es gerade eine der wichtigsten Aufgaben der chinesischen Parteiführung, den kleinbürgerlichen Nationalismus mit allen Mitteln zu bekämpfen und die Erziehung der chinesischen Werktätigen im Geiste des sozialistischen Internationalismus zu verstärken. Die großen Erfolge der Revolution in den ersten Jahren der Volksrepublik führten bei den Führern der KPCh jedoch zur Selbstüberschätzung, zur Negierung der Leistungen anderer Länder und Parteien und zum nationalistischen Großmachtstreben. Nur daraus kann ihre Ablehnung der ökonomischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, die künstliche Entfaltung nationalistischer Leidenschaften in Grenzfragen, ihre Haltung

während der Kuba-Krise und ihr Streben nach eigenen Atomwaffen erklärt werden. Aber damit arbeiten sie nur den aggressivsten imperialistischen Kreisen, besonders dem deutschen Militarismus und Revanchismus in die Hände.

Eine der Hauptursachen für das Abweichen der chinesischen Führer vom Marxismus-Leninismus ist die Verteidigung und Wiederbelebung des Geistes und der Methoden des Personenkults und der damit untrennbar zusammenhängenden Geringschätzung der staatlichen und der innerparteilichen Demokratie. Die chinesischen Führer haben sich zu der Behauptung verstiegen, die Ideen Mao Tse-tungs seien „die höchste Verkörperung des Marxismus-Leninismus“ und unsere Epoche sei die „Epoche Mao Tse-tungs“. Aber der Marxismus ist die Weltanschauung der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Hier gibt es keine chinesische, deutsche, französische oder andere Spielart. Die Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens, die Mißachtung der sozialistischen Demokratie werden durch die Tatsache bewiesen, daß der letzte Parteitag vor 8 Jahren stattgefunden hat, daß nur selten Plenartagungen des ZK stattfinden, deren Inhalt den Mitgliedern der Partei und der Bevölkerung vorenthalten bzw. lediglich durch kurze Kommuniqués bekanntgemacht wird. Die chinesischen Führer haben, wie es seinerzeit Trotzki predigte, die Methoden des Befehls als Führungsmittel aus der Armee in die Partei übernommen.

Die gesamte Plattform und die Praxis der chinesischen Führer widerspricht den Grundinteressen der Arbeiterklasse, ihrem Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Ihr Antisowjetismus ist der Arbeiterbewegung zutiefst fremd. Er dient nur dem Imperialismus. Unsere Partei weist entschieden die Verleumdungen zurück . . ., die die Führung der KPCh gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion, ihr Zentralkomitee und den Genossen Chruschtschow richtet. Die KPD hat eine lange und ruhmreiche Tradition der brüderlichen Kampfgenossenschaft mit der KPdSU und wird niemals schweigen, wenn

die Partei Lenins beleidigt und beschimpft wird.“

(Aus dem Brief des ZK der KPD an das ZK der KPCh)

Unsere eigenen Erfahrungen lehren uns, daß eine kommunistische und Arbeiterpartei nur siegen kann, wenn

sie fest auf dem Boden des proletarischen Internationalismus steht, sich auf die von der Geschichte zum Totengräber der alten, kapitalistischen, zum Geburtshelfer der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung berufene Arbeiterklasse stützt. E. G.

Tatsachen aus der DDR

Soziale Herkunft der Studierenden in der DDR

54,2 Prozent Arbeiter- und Bauernkinder

20,5 Prozent Kinder von Angestellten

15,9 Prozent Kinder von Angehörigen der Intelligenz

6,3 Prozent Kinder von selbständigen Erwerbstätigen

3,1 Prozent aus sonstigen Schichten

In der DDR kamen im Jahre 1962 auf 10 000 Einwohner 160, in der Bundesrepublik nach eigenen Angaben 45 Studenten.

Verantwortung der Jugend

Von den gegenwärtig in der Industrie der DDR beschäftigten 625 000 Jugendlichen bis zum Alter von 25 Jahren arbeiten 339 in leitenden und 3854 in mittleren Funktionen.

Außerdem gibt es 497 sogenannte Jugendobjekte in der Industrie. Jugendobjekte sind wichtige Arbeitsbereiche, für deren Lenkung und Leitung ausschließlich junge Arbeiter, Techniker und Ingenieure verantwortlich sind. Zu den bedeutendsten Jugendobjekten der DDR gehören zum Beispiel das Erdölverarbeitungs- und Schmelzwerk Schwedt an der Oder und die Anlage der Druckgaserzeugung im Kombinat „Schwarze Pumpe“ im DDR-Bezirk Cottbus. „Schwarze Pumpe“ ist das größte Braunkohlkombinat der Welt.

Gleichberechtigung

An den Hochschulen, Universitäten und Akademien der DDR haben auch die Frauen und Mädchen das Recht, entsprechend ihren Voraussetzungen zu

studieren. 1963 studierten an den Hochschulen und Universitäten 29 959 Frauen und Mädchen; das sind 25,9 Prozent der Gesamtzahl der Studenten. An Fachschulen qualifizierten sich 35 507 Frauen und Mädchen. Im Jahre 1962 absolvierten 10 099 Frauen ein Fachschulfernstudium als Technikerin oder Ingenieurin.

Kindergärten und -Krippen

In der DDR gibt es gegenwärtig 3071 Kinderkrippen mit 103 469 Plätzen, 9552 Kindergärten und Wochenheime mit 404 223 Plätzen und 203 Dauerheime mit 9033 Plätzen. Der finanzielle Beitrag, der von den Eltern für einen Krippen- oder Kindergartenplatz zu entrichten ist, beträgt in Kinderkrippen mit Tagesbelegung je Kind im Monat 20,— DM; in Kinderkrippen mit Wochenbelegung je Kind im Monat 45,— DM; in Dauerheimen für Säuglinge und Kleinstkinder je Kind im Monat 90,— DM.

Die Kinder in diesen Einrichtungen — außer in Tageskindergärten — erhalten dazu kostenloses Wäsche und Oberbekleidung.

Neue Berufsbilder

In der Landwirtschaft der DDR werden künftig fähige Chemiker, Ingenieure, Physiker, Biologen, Techniker und Ökonomen gebraucht. Der Vorsitzende des Landwirtschaftsrates, Minister Georg Ewald, erklärte, daß die Landwirtschaft der Zukunft ohne die moderne Rechen- und Elektrotechnik, die Chemie und die Anwendung der Elektrotechnik, der Physik u. a. Wissenschaften nicht mehr auskommen wird. Die polytechnische Ausbildung der Schüler müsse mit der modernen Technik und der Perspektive der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe gründlicher vertraut gemacht werden. Mit Abschluß der 9. Klasse sollten die Jugendlichen die Fahrerlaubnis für Traktoren und in der 10. Klasse die Berechtigung zur Bedienung von Großmaschinen erwerben.

